

Visual Library Portal

Inhouse-Digitalisierung

Gerhart von Schulze Gaevernitz

Zielenziger, Kurt

Berlin, 1926

urn:nbn:de:s2w-7668

BIO - BIBLIOGRAPHISCHE BEITRÄGE
ZUR GESCHICHTE DER
RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTEN

Abteilung Staatswissenschaften: Heft 4

GERHART
VON SCHULZE GAEVERNITZ

EINE DARSTELLUNG SEINES WIRKENS
UND SEINER WERKE
NEBST PORTRÄT

VON

DR. KURT ZIELENZIGER

R. L. PRAGER

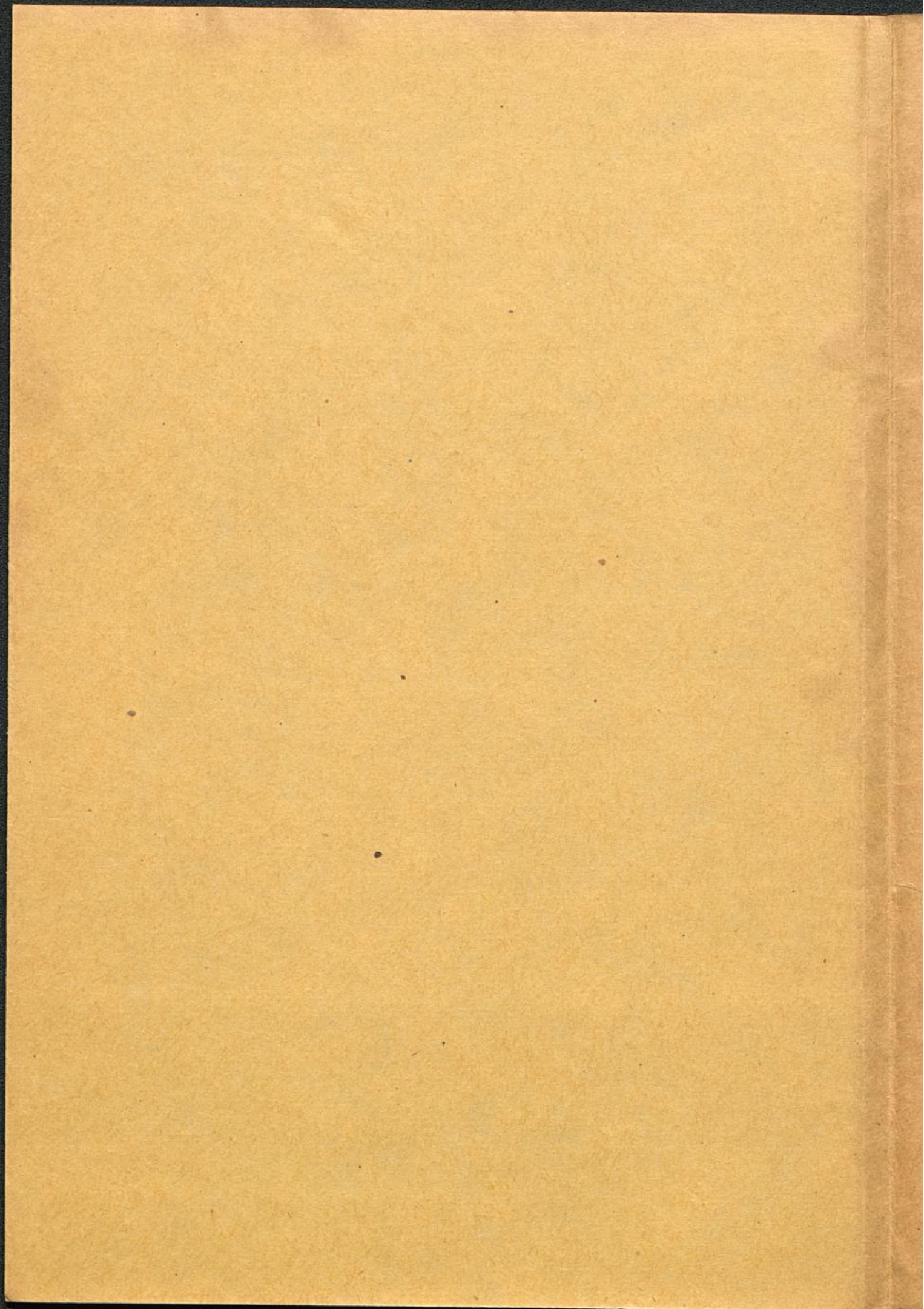
19

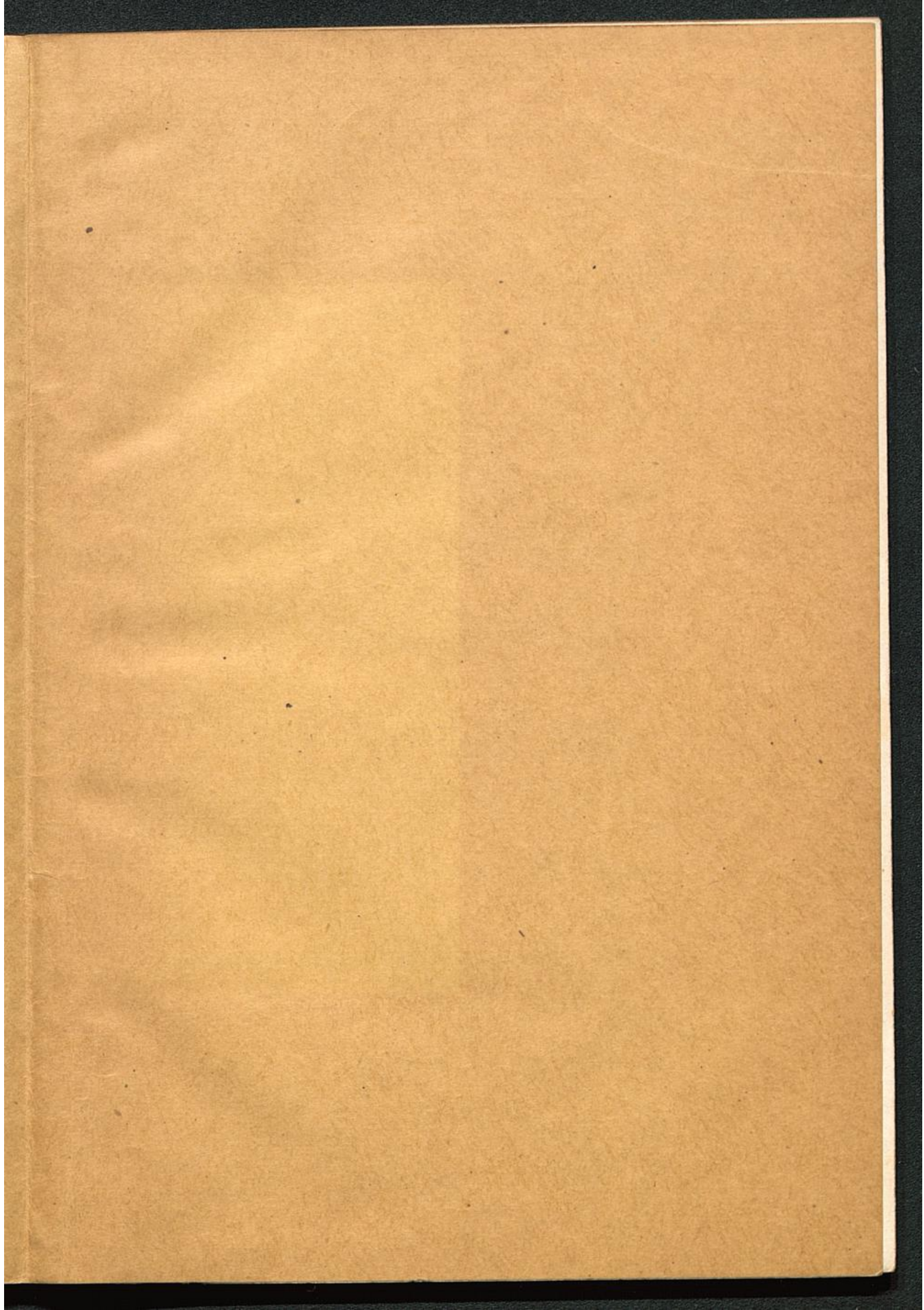


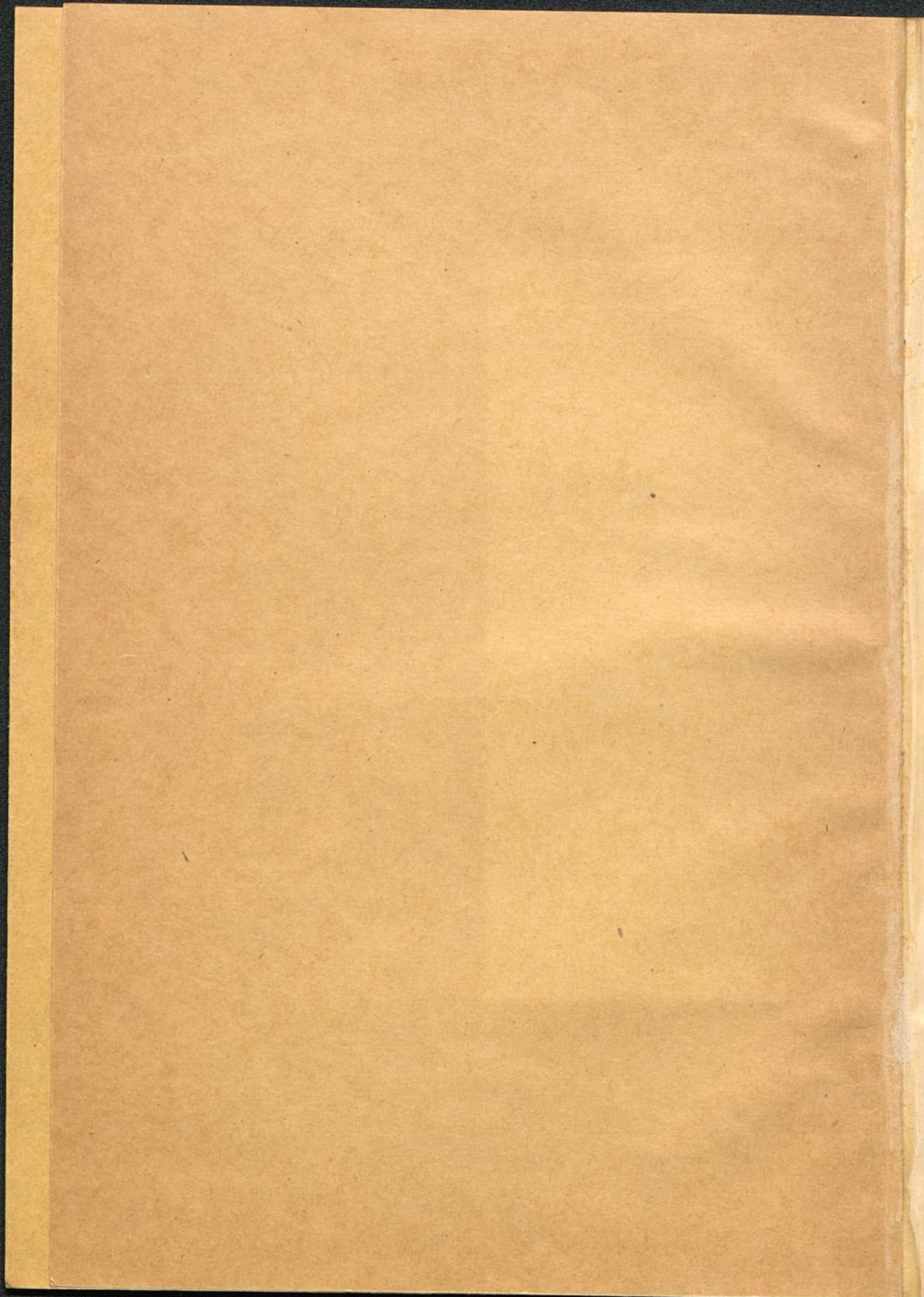
BERLIN NW 7

26

Mark 3.50







E 207

BER 56628

Kl. Nr. 6

f

BIBLIOTHEK DER
ZUR GESCHICHTE DER
RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTEN

GERHART
VON SCHULZE GAVERNITZ

VON
DR. KURT ZIELENGER



BERLIN NW 7

R. L. PRAGER

2 6

1 9

BIO-BIBLIOGRAPHISCHE BEITRÄGE
ZUR GESCHICHTE DER
RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTEN

Abteilung Staatswissenschaften: Heft 4

GERHART
VON SCHULZE GAEVERNITZ

VON
DR. KURT ZIELENZIGER

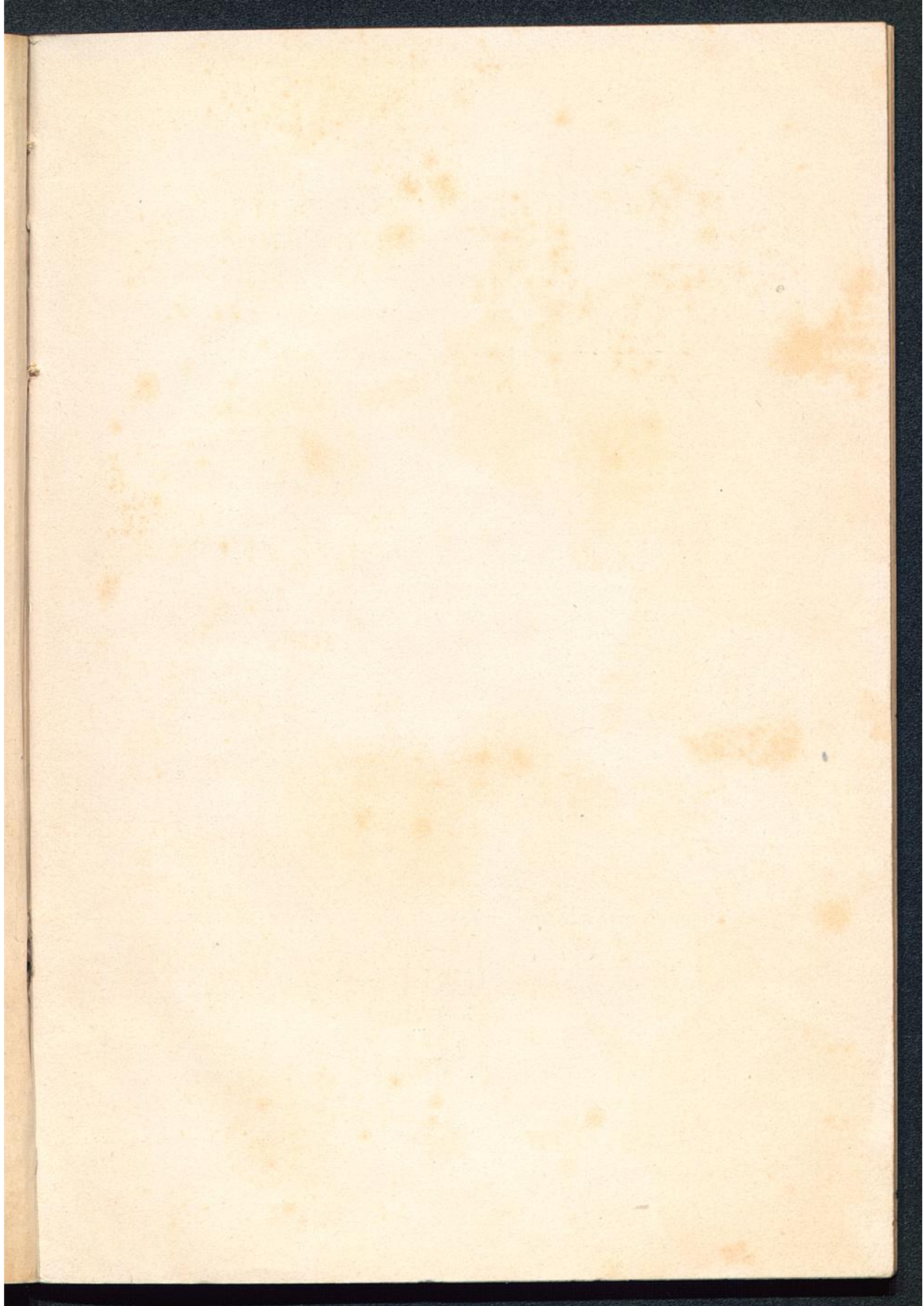
R. L. PRAGER

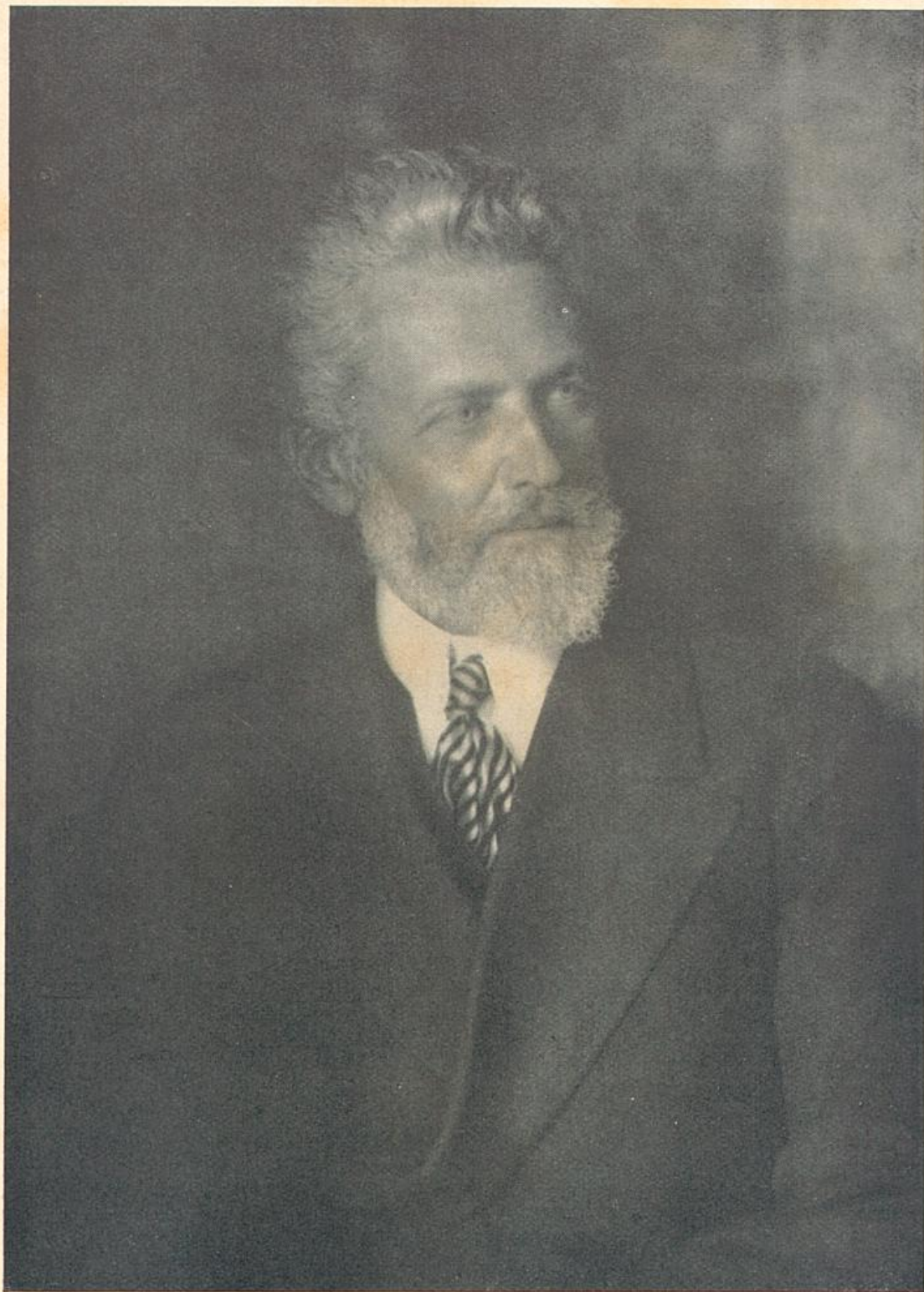
1 9



BERLIN NW 7

2 6





Schultz, Governor

Gerhart von Schulze Gaevernitz

Eine Darstellung seines Wirkens
und seiner Werke

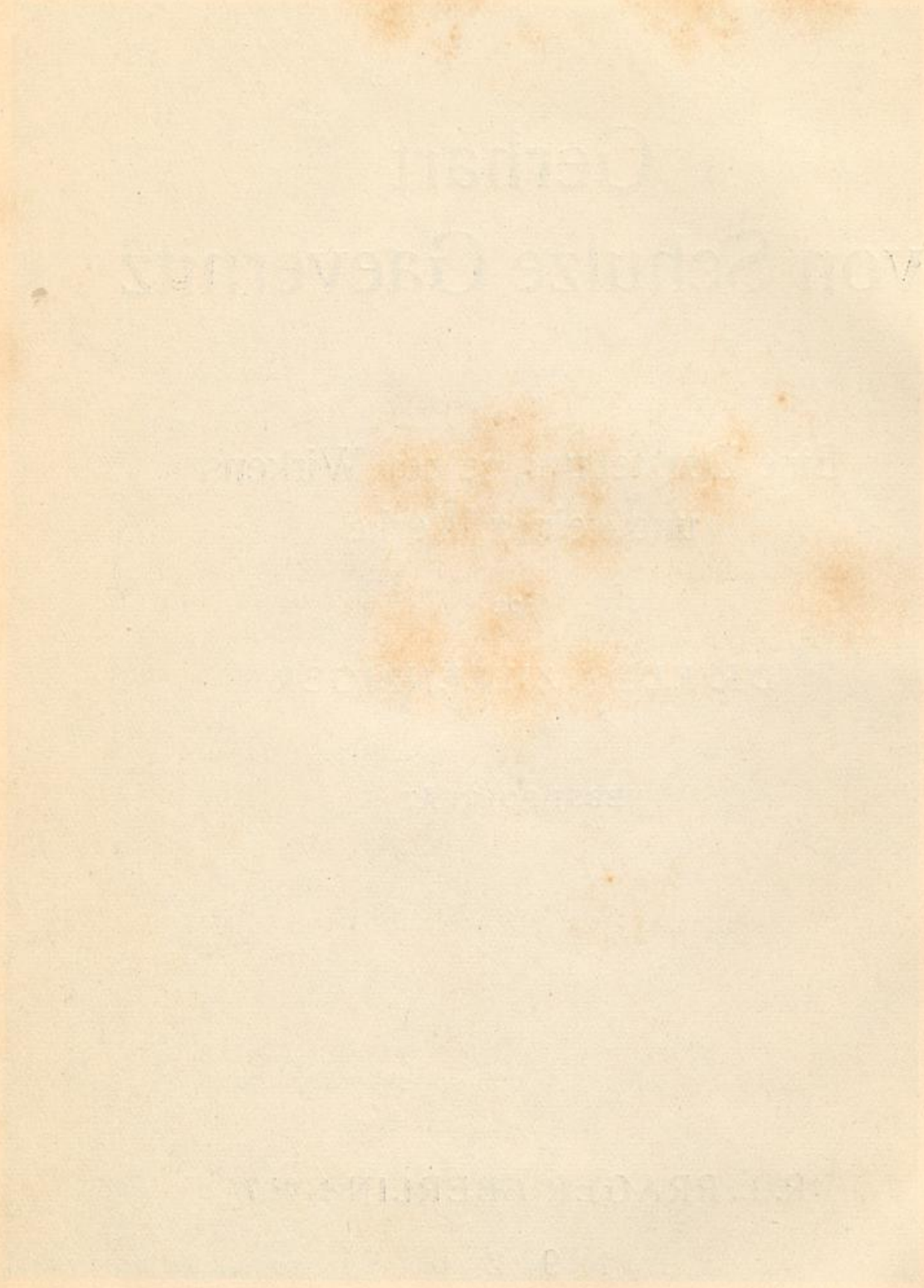
Von

DR. KURT ZIELENZIGER

NEBST PORTRÄT

R. L. PRAGER / BERLIN NW 7

1 9 2 6



Central
VON SCHULZE GRENDEL & CO

WAGNER

THE BRITISH MUSEUM

3

British Museum

Meiner Frau und Mitarbeiterin

Motto:
„Wirtschaft — zu beherrschendes Schicksal“.

Vorwort.

Die Biographie einer Persönlichkeit, die in voller Schaffenskraft unter uns weilt, scheint für den Verfasser Gefahren mangelnder Objektivität mit sich zu bringen, die eine Lebensbeschreibung jener Gestalten leichter entbehrt, denen die Geschichte die nötige Distanz zu uns verliehen hat. Wenn ich mir auch dieser Schwierigkeiten durchaus bewußt bin, so war es eine Dankspflicht einem hochverehrten Lehrer gegenüber, der ich mich, dem Rufe des Verlegers folgend, besonders gern unterzog; denn ich bin der Meinung, daß der Mann, dessen Leben, Wirken und Forschen ich zu schildern versuchte, bereits heute den Anspruch erheben kann, der Mit- und Nachwelt als Vorbild dargestellt zu werden. Ich freue mich, daß Herr Professor von Schulze Gaevernitz selbst mir vielerlei wichtige bisher unbekannte Mitteilungen für die biographischen Teile dieser Arbeit gemacht hat, ich habe eine ganze Reihe derjenigen Stellen, die mir aus seinen vielfachen Briefen an mich besonders charakteristisch erschienen, wörtlich in dieses Buch übernommen und als Zitate hervorgehoben. Zur Einführung in den bibliographischen Teil des Buches glaubte ich, eine kurze Analyse der Werke Schulze Gaevernitz' geben zu müssen, damit auch diejenigen, die bisher seine Bücher nicht kannten, in ihre Gedanken eingeführt und zu ihrer intensiven Lektüre veranlaßt werden.

Berlin-Schöneberg, den 1. Dezember 1925.

Kurt Zielenziger.

I. Der Werdegang.

Gerhart von Schulze Gaevernitz wurde am 25. Juli 1864 in Breslau geboren. Der Einfluß der Familie, seine Abstammung von Gelehrten und Industriellen, zugleich das Milieu, in dem er aufwuchs, und die Erziehung, die er genoß, all das mußte bestimmend auf sein ganzes Leben wirken. Er nennt sich selbst einen echten deutschen Universitätsabkömmling, denn als er seiner Zeit zum Prorektor der Universität Freiburg gewählt wurde, bekleidete er das Universitätsrektorat in vierter Generation, „ein seltener, vielleicht einziger Fall“. Sein Vater war der bekannte Staatsrechtler Hermann von Schulze Gaevernitz, der am 23. September 1824, also noch zu Goethes Zeit, zu Jena geboren wurde. In diesem Bannkreis des klassischen Weimars und Jenas standen seine Vorfahren. Hermann Schulze wirkte in Jena als Professor des Staatsrechts, wurde 1857 nach Breslau berufen, 1873 Mitglied des Preußischen Herrenhauses und kam 1878 nach Heidelberg. Im Jahre 1888 wurde er unter dem Namen von Schulze Gaevernitz geadelt und starb im gleichen Jahre am 28. Oktober.

Schulze Gaevernitz' Großvater war Friedrich Gottlob Schulze, ein Nachkomme „freier Erbsassen“, der im Jahre 1795 zu Gaevernitz bei Meißen geboren wurde, dem Orte, der der Familie den Namen gab. Er wurde Oberverwalter der weimarischen Kammergüter Tiefurt, Oberweimar und Lützendorf und trat so in engste Beziehungen zu Karl August. 1821 kam er als ordentlicher Professor der Landwirtschaftslehre und Nationalökonomie nach Jena, gründete dort als Freund und Mitarbeiter Albrecht Thaers eine landwirtschaftliche Akademie und starb in Jena 1860. Friedrich Gottlob Schulze war nicht nur ein führender Nationalökonom seiner Zeit, sondern auch ein „streng durchgebildeter Kantianer“. Die Liebe zu dem Studium des Wirtschaftslebens und dem philosophischen System vererbte er dem Enkel.

Auch Schulze Gaevernitz' Urgroßvater Jacob Griesbach, der Schwiegervater jenes Friedrich Gottlob Schulze, stand dem Goethekreis nahe. Er war ein Frankfurter Jugendgenosse Goethes, der in späteren Jahren den Landsmann in Jena, wo er als bekannter Theologe wirkte, gern besuchte, um mit ihm das „vertraute Frankfurter Deutsch“ zu reden. Die Urgroßmutter Griesbach war eine Freundin Wielands und Schillers. Wie von der Familie des Vaters der Geist der Klassiker als Erbgut ihm mitgegeben wurde, so stammte von seiner Mutter der Sinn für die Politik und die Wirtschaftspraxis. Denn Schulze Gaevernitz' Großvater mütterlicherseits war Carl August Milde, „Kattundrucker und Baumwollspinner“ in Breslau, verwurzelt in dem Manchester Cobdens, wo er englisches Industriegewesen und englische Politik in mehrjähriger

Lehrtätigkeit kennen gelernt hatte, später „ein Führer des schlesischen Liberalismus“, Präsident der Preußischen Nationalversammlung von 1848 und schließlich preußischer Handelsminister, in welcher Eigenschaft er die erste Aktienbank in Preußen (den Schaaffhausenschen Bankverein) konzessionierte. Schulze Gaevernitz' frühe Kindheit im großelterlichen Anwesen war umrauscht von Baumwollspindeln, „deren Geräusch“, wie er sagt, „ihn heute noch so heimatlich berührt wie den Müllerssohn das Klappern der Mühle“, „verstohlene Blicke in die Spinnsäle und in das geheimnisvolle Treiben der weißgekleideten Spinnerinnen“ gehören zu seinen frühesten Kindererinnerungen. Diese Stimmungen wirken in seinem „Großbetrieb“, den er dem Andenken Carl August Mildes widmete, fort. Seine Kinder ließ Milde als die eines „liberalen Katholiken“ erziehen, so wurde Schulze Gaevernitz' Mutter eine „Christin strafster Selbstdisciplin, eine Puritanerin im besten Sinne des Wortes“.

Die Familie Schulze, wie sie damals noch hieß, übersiedelte im Jahre 1878 durch die Berufung Hermann Schulzes von Breslau nach Heidelberg, wo der junge Gerhart vielfache Anregungen durch den ausgezeichneten Direktor des dortigen humanistischen Gymnasiums Uhlig erhielt. Von diesem Zeitpunkt ab wird ihm das badische Land zur zweiten Heimat, an deren wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt er aufs intensivste mitarbeitet. Nach Beendigung des Abiturientenexamens glaubt er, daß der Staatsdienst sein Lebensberuf sein müsse, er studiert deshalb Rechts- und Staatswissenschaften, zunächst in seiner neuen Vaterstadt Heidelberg, später in Berlin, Leipzig, Göttingen und wird so Schüler Bekkers, Gierkes, Brunners und auch Schmollers. Im Jahre 1886 besteht er in Celle das Referendar-examen, promoviert kurz danach in Göttingen zum Dr. jur. und beabsichtigt zunächst der juristischen Laufbahn treu zu bleiben. Bei der weltbürgerlichen Einstellung seiner Familie ist sich Gerhart von Schulze Gaevernitz darüber klar, daß nur der Beamte wirklich berufen ist, den eigenen Staat zu verwalten, der seinen Horizont erweitert und in andern Ländern Erfahrungen gesammelt hat. Deshalb begibt er sich zunächst auf größere Studienreisen, die ihn nach England, Belgien, Frankreich und Italien führen.

Nach seiner Rückkehr wird er zum kaiserlichen Regierungsreferendar in Straßburg ernannt, und hier fallen die Würfel seines Lebens. An der neuen deutschen Universität zu Straßburg wirkt Lujo Brentano*), der, auf der Höhe seines Lebens stehend, sich als Meister der Sozialpolitik einen Weltruf erworben hat. Zu ihm tritt der junge Referendar in engste Beziehungen, wird Schüler seines Seminars. Von Brentano beeinflusst begibt Schulze Gaevernitz sich nach England, vertieft sich vornehmlich in die Probleme der englischen Sozialpolitik und wird gefesselt von der Persönlichkeit Arnold Toynbees, des selbstlosen Wohltäters der englischen Arbeiter. Der kaiserliche

*) Siehe Heft 5 dieser Sammlung: Lujo Brentano. Von Hans Neisser u. M. Palyi. M. 2.—

Regierungsreferendar sieht schärfer als die meisten seiner Vorgesetzten in der sozialen Frage das Problem der deutschen Innenpolitik und veröffentlicht 1890 — soeben Regierungsassessor geworden — als Ergebnis seiner Studien, die ihn tief hinein in die englische Geisteswelt geführt haben, das zweibändige Werk „Zum sozialen Frieden“. Um die Kühnheit zu ermessen, die die Herausgabe eines solchen Buches bedeutete, müssen wir uns erinnern, daß es im Jahre 1890 geschah, in dem zwar Bismarcks Sturz nach den sozialpolitischen Februarerlassen des jungen Kaisers erfolgte und das Sozialistengesetz ablief, in dem aber im Elsaß ein Herr von Köller die schwärzeste Reaktion förderte. So kann es nicht ausbleiben, daß Schulze Gaevernitz zu dem allmächtigen Staatssekretär befohlen wird. Köller eröffnet dem jungen Assessor, daß für Männer seines Schlages die Beförderungsaussichten gleich Null seien. Kurz entschlossen nimmt Schulze Gaevernitz seinen Abschied. Die rückschrittliche Regierung führt ihn zu seinem eigentlichen Beruf: dem des Gelehrten. Er reist sofort zu Roscher nach Leipzig, wo er sich auf Grund seines Buches nach kurzer Zeit habilitieren kann. Aus dem Juristen ist der Sozialökonom geworden, um auch äußerlich die Brücken zu der Wissenschaftsdisziplin, der er sich jetzt widmet, zu schlagen, promoviert er im Jahre 1891 zum Dr. phil. mit einer Schrift über „Carlyles Stellung zu Christentum und Revolution“, die auf seinen englischen Studien fußt.

Den Winter 1892/93 verlebt er in Rußland, lernt russisch und beschäftigt sich nun aufs intensivste mit den Fragen der russischen Politik, Wirtschaft und Kultur und knüpft Beziehungen mit den verschiedensten Angehörigen des russischen Geistes- und Wirtschaftslebens an. Er hört Vorlesungen an der Universität in Moskau als der „einzige nicht uniformierte Hörer“ und bereist das Land, um die wirtschaftlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen zu lernen, insbesondere Südrußland und die Wolgagebiete. „Einen tiefen und für das Leben fortwirkenden Einfluß“ nimmt er von der Persönlichkeit Leo Tolstois mit sich.

Bald nach seiner Rückkehr aus Rußland wird Schulze Gaevernitz an die Universität in Freiburg i. Br. als außerordentlicher Professor berufen und dort bereits 1896 zum ordentlichen Professor ernannt. Dieser schönen badischen Stadt ist er zeitlebens treu geblieben. Im Jahre 1897 vermählt er sich mit Johanna Hirsch aus Mannheim, die einer hochangesehenen Großkaufmannsfamilie entstammte, einer Tochter jener „Frau Kultur“, der Friedrich Naumann in einem wundervollen Aufsatz ein Denkmal gesetzt hat. „Von einer Frau“, so sagt er, „will ich erzählen, teils wie sie war und, teils wie ich sie mir denke, denn schon heute kann ich nicht mehr unterscheiden, an welchen Stellen mein Bild von ihr mit einer Idee zusammengefließen ist. Deshalb nenne ich sie auch ganz allgemein Frau Kultur und weiß, daß es ihr selbst, wenn sie es hören könnte, Freude machen würde, gerade so zu heißen“. „Ihre Hände reichten in der Tat vom englischen Tory bis zum deutschen Sozialisten, und an ihrem

Tische fanden sich Bekenner aller politischen Programme.“ (Die Hilfe Nr. 4 vom 23. Januar 1913, S. 56/58.) In dem Hause dieser seltenen Frau, die einen Salon besaß, wie ihn Berlin nur zur Zeit Rahels kannte, lernt Schulze Gaevernitz viele bedeutende Männer kennen, die später seinen Lebensweg kreuzten, hier knüpft er auch die enge Freundschaft mit Ludwig Frank. Seiner Ehe entsprossen zwei Töchter und ein Sohn Ger o, der inzwischen bereits Nationalökonom wie der Vater, nach seiner Promovierung zum Dr. rer. pol. sich als Bankvolontär in Amerika aufhält und in dem bekannten Bankhause Morgan Livermore zu New York arbeitet.

Schulze Gaevernitz' wissenschaftliches Wirken soll noch einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden, sein Forscherleben wird im Jahre 1912 durch die Wahl in den Reichstag, dem er bis zu dessen Auflösung 1918 als Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei angehört, und später durch seine Zugehörigkeit zur Nationalversammlung unterbrochen. Auch seine politische Tätigkeit muß ausführlich besprochen werden.

Der Ausbruch des Krieges ruft ihn zur Tat! Der Fünfzigjährige will durch das Beispiel zeigen, daß die Staatsbejahung, die er fordert, in der Stunde der Not von jedermann durch Opfer für das Vaterland bewiesen werden muß. So stellt er sich, der nie Soldat gewesen, als gemeiner Mann einem Luftschifferbataillon zur Verfügung, wird in Freiburg militärisch ausgebildet und bereits Weihnachten 1914 zum Offizier befördert. Bald darauf wird er der Verwaltung Belgiens zugeteilt, wo er sich speziell mit der Vlamenfrage beschäftigt. Aber auch dort bleibt er nicht lange, denn die deutsche Regierung betraut ihn mit wichtigen Spezialaufgaben, die ihn während des Krieges in die verschiedensten Länder, u. a. nach Bern, Riga und Konstantinopel führen.

Im Jahre 1922 legt Schulze Gaevernitz seine ordentliche Professur nieder, um sich mehr seinen Forschungsarbeiten widmen zu können, und wird von der badischen Regierung zum Honorarprofessor ernannt. Vor allem begibt er sich wieder auf Reisen, die ihn verschiedentlich in das Ausland führen. Bei seinen ausgezeichneten Beziehungen und seinem mannhaften Eintreten für eine Völkerverständigung während des Krieges war es ihm leicht, die durch den Krieg abgerissenen Fäden neu zu knüpfen. So kann er in England und 1924 in Amerika als Gastdozent verschiedener amerikanischer Universitäten, wie der Cornell-, Columbia- und Madison-University in seiner Eigenschaft als Vertreter der deutschen Kultur für das Verständnis deutschen Wissens und deutscher Wünsche wirken; sich selbst aber in die Probleme der neuen Weltmacht Amerika vertiefen. Im Winter 1925/26 hält er Gastvorlesungen an der Deutschen Hochschule für Politik, der Gründung seines unvergeßlichen Freundes Friedrich Naumann. Seine Tätigkeit wird gekrönt durch die vor kurzem erfolgte Berufung zum Direktor der wissenschaftlichen Abteilung des Instituts für geistige Zusammenarbeit beim Völkerbund.

Den Sommer verbringt Schulze Gaevernitz regelmäßig auf dem im schönen Glatzer Lande gelegenen Familiengut Crainsdorf bei Neurode, wo er in einem Siedelungsunternehmen 22 Proletariern „die eigene Scholle“ verschafft. „Gleich Tolstoi und Shaw“ ist er „grundsätzlicher Vegetarier“. Auf diese Tatsache verbunden mit regelmäßiger Gymnastik führt er seine Spannkraft und Lebensbejahung zurück, durch die er „der Jugend ein Beispiel zu geben bemüht“ ist.

II. Der Politiker.

An die Spitze der Betrachtung, die wir dem Politiker Gerhart von Schulze Gaevernitz widmen wollen, könnten wir keine besseren Worte stellen als diejenigen, die Friedrich Naumann dem Freunde zum 50. Geburtstage in seiner „Hilfe“ in einem Artikel, den er „Politische Professoren“ nennt, gewidmet hat: „Der fünfzigste Geburtstag meines Freundes, Abgeordneten Professor von Schulze Gaevernitz in Freiburg veranlaßt mich, heute über politische Professoren zu schreiben, denn das ist das Besondere und Charakteristische an ihm, daß er politischer Professor in jenem alten, guten Sinne ist, in dem vor einem halben Jahrhundert noch fast alle deutschen Universitätslehrer sich persönlich und kräftig am Staatsleben und auch an der Parteipolitik beteiligten..... Das ist nicht so zu verstehen, als ob nun unser Freund von Schulze Gaevernitz das einzige Licht in solcher Düsternis sei, aber in der Tat, er ist einer von denen, die immer für den Staat gedacht und gearbeitet haben, ein Sohn und Enkel alter politischer Idealisten, ein Jünger der Dichter und Denker von vor hundert Jahren, die alle zusammen viel staatspolitischer waren als die Denker oder gar als die Dichter von heute. Seine Arbeit ist vielseitig und hat ihre innere Einheit nur in diesem Staatsgedanken.“ Seine Lehrtätigkeit, seine Forschungsarbeit und sein politisches Wirken haben von je im Zeichen des deutschen Idealismus gestanden, mit ihm bejaht er den Staat im kantischen Pflichtgefühl. Wohl nur wenige deutsche Gelehrte sind so felsenfest überzeugte Idealisten wie er und haben mit solchem Mut und solcher Ehrlichkeit versucht, ihren Gedanken nachzuleben. In seiner Schrift über „Marx oder Kant“ sagt er, daß „die Wahl der Weltanschauung nicht Sache des Wissens, sondern des Gewissens“ sei, denn „jeder Mensch, groß oder klein“, so ergänzt er den ersten Ausspruch in seinem „Britischen Imperialismus“, „Denker oder Täter ist vor die Frage gestellt, ob er Werte anerkennt, die über sein eigenes Dasein hinaus liegen, ob er Pflichten bejaht oder verneint, ob er dem Sein ein Soll überordnet, in dem der Zweck seines Seins liegt“. So wird das Axiom seiner wirtschaftlichen Lehre „der Ueberwirtschaftsmensch“. Denn sein Zukunftsstaat ist nicht der, den Marx ersehnte, sondern das Reich Kants und Fichtes, in dem die „Freiheit eines jeden Gliedes nur durch die Zusammenstimmung mit der Freiheit aller anderen eingeschränkt ist, in der niemand mehr Vorteile genießt, damit die anderen desto mehr entbehren müssen“.

Schulze Gaevernitz war als echter deutscher Idealist stets ein Demokrat und gleichzeitig erfüllt von den Gedanken des deutschen Liberalismus, ohne je die Einseitigkeiten der Manchesterlehre zu billigen. Seine erste politische Betätigung lag auf sozialpolitischem Gebiet, und je mehr er sich mit diesen Fragen beschäftigte, desto mehr lehnte er in vollem Bewußtsein den Marxismus ab, denn ihm war Immanuel Kant der Heros der klassischen Kultur Deutschlands. Aus dem Primat der praktischen Vernunft fließt ihm der Glauben an die Macht des Guten in der Welt und damit die „Idee des geschichtlichen Fortschritts in der Richtung auf den überempirischen Wert“. In diesem Sinne, sagt Schulze Gaevernitz, bedarf „der wirtschaftlich wie politisch aufsteigende deutsche Arbeiter einer anderen Weltanschauung als der hoffnungsferne Proletarier, den ein Marx aufpeitschte. Er bedarf einer Weltanschauung der Wertbejahung gegenüber der Wertverneinung, in welcher Marx wurzelt“.

Wie Schulze Gaevernitz als Sozialpolitiker in den frühesten Jahren seiner politischen Wirksamkeit dachte, können wir einer Besprechung entnehmen, die er dem „Bericht der von industriellen und wirtschaftlichen Vereinen nach England entsendeten Kommission zur Untersuchung der dortigen Arbeitsverhältnisse“ widmete: „Günstige Arbeiterverhältnisse liegen für mich dort vor, wo sich der Arbeiter nicht außer-, sondern innerhalb der Gesellschaft, nicht als ihr Feind, sondern als ihr Glied fühlt, sehr günstige dort, wo ich den Arbeiter und insbesondere den in der Arbeiterbewegung einflußreichen Führer sich mit Stolz den Bürger seines Vaterlandes nennen höre“. So schrieb er im Jahre 1890, sein sozialpolitischer Grundgedanke war und blieb: die „Einarbeitung der sozialdemokratischen Arbeitermassen in die bestehende Gesellschaft, wirtschaftlich durch Gewerkschaften, politisch durch Demokratie“. Wie anders wäre es um unsere „innere Front“ im Weltkriege gestanden, wenn man den von Schulze Gaevernitz empfohlenen Weg der Sozialpolitik rechtzeitig beschritten hätte!

Seine Stellungnahme zur Handelspolitik, die heute in den Tagen, da uns wieder die Fragen des Schutzzolls aufs stärkste interessieren, besonders aktuell ist, läßt ihn auf der Seite der Freihändler stehen, ohne daß er den Freihandel bis zum Äußersten verlangte. Gelegentlich der Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins, den Naumann in den neunziger Jahren begründet hatte, und dem sich Schulze Gaevernitz frühzeitig anschloß, über die deutsche Handelsvertragspolitik im September 1898 hielt er das einleitende Referat, in dem er das Programm einer autonomen Schutzzollpolitik, insbesondere das der Getreidezölle, unter Kündigung der Handelsverträge verwarf. In seinen damals aufgestellten Thesen hieß es, daß „a) in Rücksicht auf die große Mehrzahl des deutschen Volkes, insbesondere die arbeitenden Klassen als Konsumenten; b) in Rücksicht auf die deutsche Industrie, welcher die Produktionskosten verteuert und Absatzgebiete verschlossen würden, indem das Ausland sicherlich in der Erhöhung

der Zölle uns nachfolgte; c) in Rücksicht auf die große Mehrzahl der deutschen Landwirtschaftsbetriebe, welche entweder mehr Getreide kaufen als verkaufen, oder wenigstens keinen Getreideüberschuß auf den Markt bringen; d) in Rücksicht auf die wünschenswerte Vermehrung der ländlichen Klein- und Mittelbetriebe, deren Ausbreitung auf Kosten des Großgrundbesitzes durch eine Erhöhung der Getreidezölle verlangsamt würde“, diese abgelehnt werden müssen, denn durch sie würde das „Bündnis zwischen ostelbischem Rittergut und rheinischem Hochofen“ besiegelt.

Schulze Gavernitz' häufige Reisen in das Ausland und die ausgedehnten Verbindungen, die er dort gewann, hielten ihn trotz seines stark ausgeprägten und stets betonten Nationalbewußtseins von jeglichem Nationalismus fern. Eine Stelle in seinen „Russischen Reisebriefen“, die er von seiner ersten Rußlandreise 1892 in die Heimat sandte, zeigt uns, wie bewußt er diese Auslandsreisen durchführte. „Der Deutsche“, so schreibt er, „muß heute heraus, und es ist die Kenntnis des Auslandes mit einer der besten Dienste, den man seinem Vaterlande leisten kann“. Fast prophetisch mutet uns die Fortsetzung dieses Briefes an, wenn es in ihm heißt: „Es wurde mir recht schwer... die Reise zu unterbrechen, da sich mir eben eine völlig neue Welt zu erschließen begann..... eine Welt, deren Entwicklung im nächsten Menschenalter uns Deutsche sehr beeinflussen kann“.

Trotz der jahrelangen intensiven politischen Betätigung hat Schulze Gavernitz ernstlich mit sich gerungen, als der Ruf an ihn erging, sich als Reichstagskandidat aufstellen zu lassen. Er fragte sich, ob er bei seiner wissenschaftlichen Einstellung berechtigt sei, nun als aktiver Politiker zu wirken. Erst Max Weber konnte ihn dazu bestimmen, der Aufforderung zu folgen. Nach einem harten Wahlkampf wurde er Ende Januar 1912 als Abgeordneter für den Wahlkreis Baden V (Freiburg i. Br.) mit 16 668 gegen 15 603 Stimmen, die für den bisherigen Freiburger Abgeordneten, der dem Zentrum angehörte, abgegeben wurden, gewählt und schloß sich der Fortschrittlichen Volkspartei an. Wenn auch Schulze Gavernitz niemals im Reichstage Gelegenheit hatte, eine überragende politische Rolle zu spielen, konnte er doch bei einer Reihe wichtiger Fragen sehr tatkräftig eingreifen, und dank seiner Bedeutung als Wirtschaftswissenschaftler einen maßgebenden Einfluß ausüben. Im Jahre 1913 beschäftigte er sich in einer Reichstagsrede mit der Ernährung Deutschlands im Kriegsfall, er bekämpfte den Identitätsnachweis für das Getreide und forderte die Wiedereinführung zollfreier Läger. Er wandte sich vor allem gegen die Getreideausfuhr, die in dem Jahre vor Kriegsausbruch in die Hunderte von Millionen ging und befürwortete die Auffüllung der Läger durch den Handel. Als Berichterstatter der Leuchtölkommision befürwortete er die Einführung des Reichshandelsmonopols für Leuchtöl zur Versorgung des Heeres und der Marine mit Benzin und Schweröl und den Erwerb von Rohstoffquellen im Auslande durch das Reich.

Die politische Arbeit ruht auch während des Krieges nicht, im Gegenteil, sie wächst mit der Bedrängnis Deutschlands. Während seiner Fliegertätigkeit verfaßt er das erste vielfach nachgeahmte politische Fliegerflugblatt, gegen das sich in der französischen Presse lebhaftere Angriffe erheben. Er bekämpft in Wort und Schrift die Fliegerangriffe auf Universitäts- und Lazarettstädte und erreicht es, daß seine Bemühungen Sympathieerklärungen der englischen Bischöfe im Oberhause hervorrufen. Wir erwähnten schon im ersten Kapitel die verschiedenen politischen Missionen, mit denen man Schulze Gaevernitz während des Krieges beauftragte. So verhandelt er im Jahre 1915 in Bern im Auftrage der deutschen Regierung mit dem Senator Ermant, dem Bürgermeister von Laon, wegen der Verproviantierung des von den Deutschen besetzten französischen Gebietes durch die Neutralen und bewirkt es, daß diese Verpflegungsmaßnahmen in Kraft gesetzt werden, die bis zum Ausgang des Krieges bestehen bleiben.

Noch im selben Jahre wird Schulze Gaevernitz der Verwaltung Belgiens zugeteilt und widmet sich ganz besonders den komplizierten ethnologischen Problemen. Er vertieft sich in die Vlamenfrage, befürwortet die Verwaltungstrennung zwischen Vlamen und Wallonen und arbeitet infolgedessen stark an der Gründung der vlämischen Universität in Gent mit. In einem Aufsatz „Die Vlamen“ behauptet Schulze Gaevernitz, daß das Belgien von heute keine völkische Einheit sei, sondern seine Existenz dem diplomatischen Ränkespiel zwischen England und Frankreich verdanke. „Wallonien ist sprachlich wie kulturell ein Stück Frankreichs..... dagegen sind die Vlamen zwar nicht Deutsche, aber die den Deutschen zunächst Verwandten aller Germanen.“ Trotz dieser Feststellung hat er stets in schärfster Form jede auch nur verhüllte Art einer Annexion Belgiens bekämpft, ebenso hat er sich mit allen Mitteln gegen die Zwangsdeportation belgischer Arbeiter nach Deutschland gewandt. Es gelingt ihm mit Unterstützung des Staatssekretärs Zimmermann diese Maßnahme rückgängig zu machen. Ueber die Kurzsichtigkeit dieser militärischen Anordnungen steht das Urteil heute wohl ziemlich fest. Wie wenig aber die Militärs von Politik verstanden, bewiesen sie durch die Vertreibung derjenigen Belgier aus ihrem Heimatlande, die Deutschland mehr als andere wohlgesinnt waren und manchmal auf die bloßen Angaben der belgischen Polizei zur Zwangsarbeit abgeführt wurden. Kritik war dem militärischen Regime höchst unbequem. Unangenehme Kritiker wurden mundtot gemacht, das sollte Schulze Gaevernitz bald merken. Der bekannte belgische Sozialistenführer und heutige Minister Anseele, der in Gent geblieben war, hatte ihm eine ausführliche Eingabe an den deutschen Reichskanzler übergeben, in der er sich über die Zwangsentführung der belgischen Arbeiter beschwerte. Dieses Schreiben war durch Schulze Gaevernitz dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg und von diesem an den belgischen Generalgouverneur weitergeleitet worden. Daraufhin wurde Schulze Gaevernitz von der zuständigen

Militärbehörde verboten, „unzensurierte Schriften“ aus der Etappe mitzunehmen und seine Einreise in das Gebiet der Etappe nicht mehr gestattet.

Wir wissen heute, welche Rolle die Frage des unbeschränkten U-Bootkrieges für die Entwicklung des Völkerkriegens gespielt hat. Erklärte man ihn, so würde Amerika gegen Deutschland eingreifen, und das deutsche Schicksal war damit entschieden. Doch nur wenige gab es, die so klar die politische Wirkung dieser militärischen Aktion begriffen. Als hervorragender Kenner englischer und amerikanischer Verhältnisse ist Schulze Gaevernitz einer der ersten, der mit der ganzen Macht seiner Persönlichkeit die Diplomatie Deutschlands darauf hinweist, nur das eine Bestreben zu zeigen: die Vereinigten Staaten vom Kriege fern zu halten. Im Frühjahr 1916 begleitet er den Amerikaner Mac Clure nach Konstantinopel, um dort die nötigen Schritte zum Schutz der amerikanischen Schulen und Missionen gegen den türkischen Nationalismus zu unternehmen. Im Sommer desselben Jahres verfaßt er mit Zustimmung des Auswärtigen- und des Reichsmarineamtes eine kurze Denkschrift für die amerikanische Presse, in der er die Grundsätze des deutschen U-Bootkrieges darlegt. Deutschland, so heißt es dort, unterscheide in Anwendung der U-Bootschiffe ausdrücklich feindliche und neutrale Schiffe, es müsse als feindliche Kriegsschiffe auch die bewaffneten feindlichen Handelsschiffe torpedieren, bei neutralen Schiffen werde es aber die Rechte der Neutralen sowie die Pflichten der Menschlichkeit respektieren und neutrale Handelsschiffe nur dann versenken, wenn sie Kriegskonterbande führen. Je stärker die Bestrebungen der ausschlaggebenden Heeres- und Marinestellen werden, um den verschärften U-Bootkrieg einzuführen, mit desto größerem Eifer wendet sich Schulze Gaevernitz gegen diese Maßnahmen, ist er doch der Ueberzeugung, „daß ein Weltkrieg wie dieser nicht militärisch, sondern diplomatisch, nicht auf den Schlachtfeldern, sondern im Weißen Hause zu Washington zur Entscheidung geführt werden würde“. Wenn „das Schwergewicht der größten Großmacht der Welt in die Wagschale der einen Kriegspartei gelegt“ wird, muß seiner Meinung nach „die der andern rettungslos emporschnellen“.

So unterbreitet er im Oktober 1916 führenden Männern der Fortschrittlichen Volkspartei eine Denkschrift „Videant Consules“, in der es heißt: „Rücksichtsloser U-Bootkrieg bedeutet den Krieg mit den Vereinigten Staaten.“ „Vor allem aber unterschätzt man in Deutschland, wo man so gern den Amerikaner als Dollarjäger abtut, den hochgespannten Idealismus und die nationalistische Energie des amerikanischen Volkes.“ Die Vereinigten Staaten stünden hinter den Alliierten, wie jetzt England hinter ihnen steht, als großes und unverbrauchtes Kraftreservoir von der Stärke eines „doppelten England“.

Liest man heute die kleine Schrift „Der Wendepunkt des Weltkrieges“, die Schulze Gaevernitz nach dem Kriege veröffentlicht, und in der er eine zusammenfassende Darstellung

seiner Bemühungen um Abwendung des Krieges mit Amerika gegeben hat, dann staunt man über die Verständnislosigkeit und Kurzsichtigkeit, mit der Deutschland damals regiert wurde. In den Kreisen der Parteifreunde findet seine Denkschrift zum Teil energische Zustimmung. Max Weber schrieb ihm: „Gegen die U-Bootdemagogie muß eingeschritten werden mit Kolbenschlägen von oben, sonst weiß ich nicht, wozu wir Monarchie heißen.“ Franz von Liszt war skeptischer, wenn er erwiderte: „Verbindlichen Dank für Ihr glänzendes Exposé, ausgezeichnet, aber vergeblich. *Lasciate ogni speranza.*“ Trotzdem läßt sich Schulze Gaevernitz nicht entmutigen. Das Auswärtige Amt weiß er hinter sich, denn hier war die Stimmung gegen den verschärften U-Bootkrieg. Am 30. Januar 1917 bestürmt er den Führer der Sozialdemokratischen Partei und Vorsitzenden des Hauptausschusses des Reichstages, den Abgeordneten Friedrich Ebert, seinen ganzen Einfluß zur Abwendung des furchtbaren Unheils anzubieten, das Deutschland bedroht. Eine Denkschrift, die er Ebert übergibt, formuliert zwingend die Gründe seiner Bedenken gegen die geplanten Maßnahmen: „Ein Kompromißfrieden enthält alles, was wir erhoffen können; denn England kämpft um sein Weltmonopol. Geht Deutschland aus dem Kriege als starke, ungebrochene Großmacht hervor, so ist das britische Weltmonopol durchbrochen.“ „Wilson kann den Frieden erzwingen, wenn er will.... In Sachen des U-Bootkrieges ist Wilson durch seine Erklärungen gebunden und kann, wenn wir den rücksichtslosen U-Bootkrieg erklären, nichts anderes als die diplomatischen Beziehungen zu uns abbrechen.“ Noch in letzter Minute versucht er sein Heil durch ein Kabeltelegramm an die New Yorker „Evening Mail“, in dem er als Forderung die These aufstellt: „Germany waits Britains recognition of peace as first among equals instead of „Mistress“ of the seas.“ Doch alles ist vergeblich, denn am 31. Januar wird trotzdem der unbeschränkte U-Bootkrieg erklärt.

Als Mittelpunkt der inneren Neuorientierung erklärt Schulze Gaevernitz die sofortige zeitgemäße Reform des preußischen Wahlrechts durch Einführung des Reichstagswahlrechts, um die Geschlossenheit der inneren Front zu erhalten und die Revolution zu vermeiden. Deshalb verlangt er die Einführung des parlamentarischen Systems im Reiche, das, wie er in einem Aufsatz „Parlamentarismus und Krone“ nachweist, „in ausgeprägteste Form in Preußen“ auf Grund des Dreiklassenwahlrechts als Junkerherrschaft seit langem existiere. Noch in den Tagen der Novemberrevolution 1918 lastete das preußische Dreiklassenwahlrecht, „dieses Bleigewicht im Tornister des ausrückenden Soldaten“, auf dem deutschen Volke. Gleichzeitig befürwortet er im Sommer 1916 die Ermächtigung des Landtags von Elsaß-Lothringen, dem Lande innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung diejenige Verfassung zu geben, die den Wünschen des Landes entspricht, dafür sollten die elsäß-lothringischen Abgeordneten eine Erklärung über ihre freiwillige Zugehörigkeit zu Deutschland abgeben. Er glaubt damit die französischen Bestrebungen auf die

Reichslande zu parieren und „hofft den damals stark zermürbten Franzosen eine goldene Brücke zu bauen“.

Ein Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus entwickelt Schulze Gaevernitz in seiner großen Reichstagsrede vom 3. Mai 1918. Den Anlaß hierzu gibt ihm die Neuerichtung des Reichswirtschaftsamtes. In dieser Rede entscheidet er sich für die freie Wirtschaft im Innern, denn, so führt er aus, „noch ist kein stärkerer Hebel für die Produktivität der Volkswirtschaft und des technischen Fortschritts gefunden worden als das legitime Gewinnstreben des Einzelunternehmers“. Aber die staatliche Regelung erscheint ihm dort als das kleinere Uebel, „wo private Monopole sich ausbilden oder fertig vorliegen“. Daneben verlangt er einen Umbau des Steuersystems nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten und warnt davor, die Steuern nur auf Grund fiskalischer Momente zu erheben, ohne die volkswirtschaftliche Produktivität dabei zu beachten. Für den Außenhandel stellt er das Programm der Meistbegünstigung auf. Fast prophetisch erscheinen uns heute die Worte, die er damals sprach, daß es allen Völkern in Zukunft freistehen solle, „ob sie sich mit hohen oder niederen Zollmauern umgeben wollen, aber sie mögen sich alle einmal gegenseitig versprechen, sich zu gleichen Bedingungen zu behandeln und keine Nation vor der andern zu bevorzugen“. Diese Forderung erklärt er als das „wichtigste aller wirtschaftlichen Kriegsziele, nicht nur für Deutschland, sondern für die Weltwirtschaft überhaupt und alle an ihr beteiligten Völker“. Seine Rede fand im Ausland größte Beachtung, und die New Yorker Zeitschrift „New Republic“ bezeichnete sie als einen „Lichtstrahl aus Deutschland“. Zweifellos „gibt es“, so schrieb das New Yorker Blatt, „wenige Deutsche, deren Einblick in die Weltwirtschaft so scharf ist wie der von Schulze Gaevernitz. Noch weniger gibt es, die es im gegenwärtigen Augenblick wagen, solche Ueberzeugung auszusprechen.“

Dieselben Motive veranlaßten Schulze Gaevernitz sich jener Bewegung anzuschließen, die von Naumann ausging und durch einen engeren Zusammenschluß mit Oesterreich-Ungarn ein wirtschaftliches Mitteleuropa zu schaffen beabsichtigte. Aus der Blutsbrüderschaft sollte eine Wirtschaftsgemeinschaft werden. Für Deutschlands Industrie sah Schulze Gaevernitz in diesem Mitteleuropa eine Erweiterung des inneren Marktes um etwa das Doppelte, betonte aber, „daß Mitteleuropa und Weltwirtschaft keineswegs Gegensätze“ seien, vielmehr „nur ein einzelner Fall einer allgemeinen Zollvereinsbewegung“. Diese Idee, die Polen einschließen und damit dem östlichen Deutschland ein Hinterland geben sollte, scheiterte an den militärischen Annexionsabsichten, die bis zur Narewlinie gingen. Wenn sich auch dieser kühne Plan infolgedessen nicht hat verwirklichen lassen, so kann man in ihm doch den Vorläufer für den heute aktuellen Gedanken eines Paneuropa erblicken.

Wie Schulze Gaevernitz stets alle Annexionspläne, besonders soweit sie den Osten und Polen betrafen, bekämpft

hatte, so war er während des ganzen Krieges für einen Verständigungsfrieden eingetreten. Eine Rede, die er im Herbst 1917 in Freiburg nach der Annahme der Friedensresolution des Reichstages im Anschluß an die gleichzeitigen Bestrebungen Lord Lansdownes hielt, konnte infolge des Eingreifens der militärischen Zensur nicht verbreitet werden. Sein mutiges Eintreten für eine rechtzeitige Verständigung mit den Gegnern zog ihm wie allen anderen, die sich warnend gegen die Hybris der Annexionisten stellten, die heftigsten Angriffe besonders von seiten der damals neugegründeten Vaterlandspartei und ihrer Vorkämpfer zu. Professor Georg von Below, sein Freiburger Universitätskollege als lautester Führer im Streit, glaubte ihn dadurch politisch unmöglich zu machen, daß er ihn gleichsam als Landesverräter hinstellte. In einer Schriftensammlung der Deutschen Vaterlandspartei schrieb er damals: „Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete von Schulze Gaevernitz hat in Offiziersuniform in öffentlicher Versammlung unter heiterem Beifall der anwesenden Sozialdemokraten (natürlich unter lebhaftem Protest) die Vaterlandspartei in ähnlicher Weise wie Delbrück angegriffen und dabei unter anderen bedenklichen Sätzen den folgenden gesprochen: „Die Arbeiterorganisationen sind heute in der Lage, in 14 Tagen die hohen strategischen Talente Hindenburgs und Ludendorffs glattweg lahmzulegen. Dieser Satz stand neben anderen bei ihm in einem System der Flaumacherei.“ An diese Ausführungen Belows schloß sich eine lebhaft Polemik, und Schulze Gaevernitz fand in Hans Delbrück, der trotz seiner echt konservativen Gesinnung auch zu den Gegnern der Vaterlandspartei gehörte, einen mutigen Verteidiger. In den Preußischen Jahrbüchern antwortete er Below: „Professor von Below bestätigt, daß er sich damit einverstanden erklärt hat, wenn man seinen Kollegen an der Freiburger Universität, den Reichstagsabgeordneten von Schulze Gaevernitz, als Verbrecher und Landesverräter bezeichnen wollte, und steigert diese Beschimpfung jetzt noch dadurch, daß er mich fragt, ob ich diese Prädikate nicht auch für zutreffend hielte. Der Satz von Schulze Gaevernitz' ist ja nichts weiter als eine Umformung des bekannten sozialdemokratischen Verses: „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will“, gegen die man protestieren mag, die man aber nicht mit ehrenkränkenden Ausdrücken zu belegen braucht.“

Im Auftrage des Reichskanzlers Prinzen Max bereist Schulze Gaevernitz noch kurz vor der Revolution, im Oktober 1918, die baltischen Provinzen, um dort mit den sogenannten Nationalen, den Letten und Esten Fühlung zu nehmen und mit ihnen über den Erlaß freier demokratischer Verfassungen für ihre Länder zu verhandeln, die gleichzeitig den Schutz der deutschen Minderheiten sicherstellen sollen. Im Ritterschaftshause zu Riga muß er sich der schweren Aufgabe unterziehen, den baltischen Baronen mitzuteilen, daß der Krieg von Deutschland verloren sei, während diese noch an den Sieg Deutschlands glaubten und sich in der Hoffnung auf die Errichtung einer deutschen Sekundogenitur wiegten. Von Riga reist er nach Reval mit dem gleichen Ziel.

Nachdem er dort erfahren hat, daß der Führer der sozialistischen Partei Estlands Dr. Strandmann von den deutschen Behörden gefangen gesetzt worden sei, veranlaßt er den kommandierenden General zur Freilassung dieses hervorragenden Parteimannes, wobei sich herausstellt, daß dem General die Gründe der Gefangennahme dieses prominenten durchaus deutschfreundlichen Politikers gänzlich unbekannt sind. Für Deutschland können auch seine Bemühungen in den Randstaaten infolge des bevorstehenden Zusammenbruchs nichts mehr retten.

Am 8. Oktober 1918 erscheint in der Vossischen Zeitung ein Aufsatz Schulze Gaevernitz' unter dem Titel: „Wilson's Friedensvermittlung“, der ungeheures Aufsehen erregt, wird in ihm doch darauf hingewiesen, daß Wilson's Friedensbemühungen 1917 durch die deutsche Politik vereitelt worden seien, und versucht den Boden für die bevorstehenden Friedensverhandlungen vorzubereiten. Seine Behauptungen sind seitdem durch das Buch des Grafen Bernstorff und zahlreiche amerikanische Quellen (Oberst House) voll bestätigt worden. Schon im Januar 1918 hatte er in der „Deutschen Politik“ in einem Artikel ein Gespräch mit einem führenden amerikanischen Journalisten, dem Herausgeber der Evening Mail, Odell-New-York, wiedergegeben. Der Amerikaner hatte in dieser Unterhaltung darauf hingewiesen, daß es allein der Freiheitsgedanke gewesen sei, der in Amerika dem Krieg gegen Deutschland den bei uns nie geahnten Schwung verliehen habe. Dieser furchtbare Krieg wäre aber nicht umsonst geführt worden, wenn sein Erfolg der wäre, daß in Rußland wie in Deutschland eine freiheitliche Regierung, d. h. eine Regierung für das Volk und durch das Volk errungen würde. „An diesem Menschheitsziele mitgearbeitet zu haben, ist der Ehrgeiz des Präsidenten.“ In seinem Aufsatz in der Vossischen Zeitung weist deshalb Schulze Gaevernitz darauf hin, daß Deutschland jetzt eine Regierung des Volksvertrauens besäße, und es nunmehr an Wilson wäre, zu zeigen, ob er wirklich seine Worte erfüllen wolle. Schulze Gaevernitz beabsichtigt, wie er es selbst ausführt (Breisgauer Nachrichten vom 7. Nov. 1918), mit seinem Aufsatz „dem deutschen Volke einen wahrenen Wilson nahe zu bringen, statt desjenigen, welchen die alldeutsche und rechtsstehende Presse als Heuchler, Gauner, Mörder urteilslosen Gehirnen in ewiger Wiederholung eingehämmert hat“, sei doch Wilson „der Schiedsrichter des Weltkrieges“, und diese Schmähungen, die dem Präsidenten unverzüglich vorgelegt würden, verbesserten nicht unsere Friedensaussichten. Demgegenüber suchte Schulze Gaevernitz durch seine damalige Publizistik, für deren Weiterleitung in das Weiße Haus gesorgt war, Wilson zu zeigen, „daß eine gerechtere und sachgemäßere Beurteilung seiner Politik auch in Deutschland nicht fehle“.

Trotzdem hat Schulze Gaevernitz „den möglichen Einfluß Wilson's auf die Friedensverhandlungen nicht überschätzt, nachdem der amerikanische Präsident sein bestes Argument, die Unbesiegtheit Deutschlands, verloren hatte und zugleich durch die Kriegspsychose seines eigenen Landes sowie durch

den Umfall Lloyd Georges gelähmt war“. Immerhin hat Wilson Schlimmeres, die Ablösung des linken Rheinufer von Deutschland, verhindert. Die erneuten Angriffe von alldeutscher Seite, besonders der Süddeutschen Monatshefte, z. B. durch einen Aufsatz „Die Volksstimmung Ende Oktober 1918“, waren umso unberechtigter, als Schulze Gaevernitz in jenen Tagen ähnlich wie Walther Rathenau, mit dem er damals öfters zusammenkam, sich gegen die einseitigen Entwaffnungsbedingungen des bevorstehenden Waffenstillstands aussprach.

Am 12. April 1919 tritt Schulze Gaevernitz, nachdem der Abgeordnete Dietrich sein Mandat niedergelegt hatte, als Vertreter des 33. Wahlkreises (Baden) in die Nationalversammlung ein. In jener denkwürdigen Sitzung, die am 12. Mai 1919 in der Universität Berlin stattfindet, nimmt er zum ersten Mal an den Tagungen dieses Parlaments teil. Er beteiligt sich aufs lebhafteste an den Beratungen über die neue Reichsverfassung und befürwortet den § 18, der eine territoriale Neuordnung des Reiches nach dem Willen der in Betracht kommenden Bevölkerung zum Zweck hatte. Sein Ziel war es, „einen dezentralisierten Einheitsstaat zu schaffen, d. h. die Verschmelzung der Reichspitze mit der preußischen Spitze, die Hebung der preußischen Provinzen oder neuzuschaffender territorialer Gebilde in Norddeutschland auf die Höhe der süddeutschen Staaten“. Sein Antrag zu Artikel 41, anstatt des Wortes „Reichspräsident“ das Wort „Reichswart“ zu setzen, wird jedoch abgelehnt. Um unnötigen Agitationsstoff zu vermeiden, gehörte er damals zu denjenigen Mitgliedern der demokratischen Partei, die sich für die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Reichsfahne erklärten.

Angesichts der menschenmordenden Wirkung der Hungerblockade stimmt Schulze Gaevernitz im Juni 1919 für den Versailler Frieden, denn er befürchtet von einem vertragslosen Zustand die Gefahr eines süddeutschen Separatfriedens und den Wiederausbruch eines Spartakusaufstandes in Norddeutschland. Außerdem sieht er die Unmöglichkeit eines militärischen Widerstandes und glaubt durch den Frieden „wenigstens den geographischen Bestand des deutschen Reiches, wenn auch verkümmert, zu erhalten“. Es war dies „die schwerste politische Entscheidung seines Lebens“. Er wendet sich stets gegen die Anerkennung der Alleinschuld Deutschlands, denn wenn er auch für die Unterzeichnung des Friedensdiktates eingetreten war, hatte er damit niemals die Berechtigung des Friedensvertrages anerkannt. Im Gegenteil, er setzt seinen Kampf um einen gerechten Frieden für Deutschland fort und appelliert an das Gewissen der Demokraten der ganzen Welt, besonders in England und Amerika, unter Berufung auf seine jahrzehntelangen Bemühungen um das Verständnis angelsächsischen Wesens in Deutschland. In einem offenen Brief, der in verschiedenen ausländischen Zeitungen und später als Broschüre unter dem Titel „Der Frieden und die Zukunft der Weltwirtschaft“ erscheint, verweist er auf seine vermittelnde Tätigkeit

im Kriege, die ihm „ein Recht auf das Gehör der Gegner und Neutralen“ verschaffe. „Es gilt“, so führt er aus, „den Vertrag, soweit er erfüllbar ist, ehrlich zu erfüllen, soweit er unerfüllbar ist, ehrlich zu revidieren — zu revidieren durch die sieghafte Macht des Rechts- und Freiheitsgedankens, auf dessen Boden der junge deutsche Freistaat errichtet worden ist.“ Schulze Gaevernitz wäre nicht umsonst als mutvoller Vorkämpfer eines Verständigungsfriedens aufgetreten, wenn er nicht auch in dieser Schrift ausdrücklich betonte: „das neue Deutschland kann nicht scharf genug von seiner Vergangenheit abrücken. Es ist weit davon entfernt, die Schuld des zusammengebrochenen deutschen Militarismus zu leugnen oder den säbelrasselnden Brambarbas zu rechtfertigen, der uns in der ganzen Welt verhaßt gemacht hat.“ Unter Militarismus versteht er einen Zustand, in dem militärische Gewalten letzte politische Entscheidungen an sich reißen, ohne die staatsrechtliche Verantwortung zu übernehmen. In der gleichen Schrift weist er darauf hin, daß das neue Deutschland im Winter 1918/19 eine historische Großtat verrichtete. Arbeiter, Kinder des Volkes, seien es gewesen, die an der Spitze der Regierung den Bolschewismus von Europa abgewehrt und damit den Dank der Menschheit verdient hätten. Bei der engen Verflechtung Deutschlands mit der Weltwirtschaft müßten die anderen Länder ein Interesse daran haben, Deutschland wirtschaftlich wiederherzustellen. Wie schon im Mai 1918 verlangt er auch jetzt „nichts als gleiches Recht für alle und allgemeine gegenseitige Meistbegünstigung im Handel und Verkehr“.

Als die Abstimmung über Oberschlesien herannaht, tritt er als geborener Schlesier lebhaft für eine gerechte Grenzziehung ein und eilt zu diesem Zweck nach London. Es war nicht seine Schuld, wenn seine Stimme ungehört verhallte. Hätte man vor der Abstimmung deutscherseits die von Schulze Gaevernitz befürwortete Agrarreform energisch durchgeführt und „dem polnischen Proletariat auf Kosten des Magnatenbesitzes den ersehnten Landanteil verschafft“, das Ergebnis wäre vielleicht doch ein anderes gewesen!

Mit der Auflösung der Nationalversammlung war Schulze Gaevernitz' parlamentarische Tätigkeit beendet, da ihn die Demokratische Partei Badens aus unerklärlichen Gründen zur Wahl des ersten republikanischen Reichstages nicht wieder auf ihre Liste setzte. Aber sein politisches Wirken war damit keineswegs eingestellt. Vor allem war es sein Bestreben, Deutschland wieder in der übrigen Welt zu Ansehen zu verhelfen. Im Oktober 1920 gehört er zu den wenigen Deutschen, die an der Wirtschaftskonferenz des Fight the famine council teilnehmen, im Oktober des folgenden Jahres spricht er auf dem Internationalen Freihandelskongreß in Frankfurt a. M. und tritt hier für die Freiheit der Menschenbewegung über den ganzen Globus ein, und wiederum im Oktober, und zwar 1922, präsidiert er gemeinsam mit dem französischen

Abgeordneten Marc Sangnier der pazifistischen Tagung in Freiburg, die den ersten Versuch macht, eine geistige Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen.

Das Jahr 1924 führt ihn nach Amerika, wo er für die deutsche Sache wirbt und von der geistigen Elite lebhaft begrüßt wurde. So heißt es in „The Nation“ in New York: „Professor Schulze Gaevernitz has long fought for liberalism in Germany, in his sympathetic studies of contemporary England and in his advocacy of a peaceful policy of freetrade. He is a true peoples ambassador.“ Amerika, das doppelte England, vor dem er so oft gewarnt hatte, findet er nun zur Weltvormacht gereift. Nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten schreibt er deshalb: „Was wird als das wichtigste Ergebnis des Weltkrieges sich ergeben? Die Zerstörung der drei kaiserlichen Dynastien, welche das Gottesgnadentum in Europa verkörperten? Oder der Aufstieg Frankreichs zur Vorherrschaft über den Kontinent; die Vernichtung jenes Gleichgewichts der Mächte, in welchem Großbritannien seit Jahrhunderten die Sicherheit für sein Weltreich gefunden hatte, die Entinselung Englands durch die Luftwaffe? Alle diese Ereignisse, so weltweit ihre Bedeutung ist, werden durch die eine Tatsache überschattet: die Verlegung des Schwerpunktes der Welt von Europa, wo er seit dem Tage von Marathon gelegen war, nach Amerika.“

Wenn Schulze Gaevernitz auch heute keine politische Tätigkeit mehr entfaltet, so tritt er doch für die deutsche Republik sowie die Ideen der sozialen Demokratie ein, denen er schon in frühester Jugend gehuldigt hat. „Wenn die Vergangenheit ihn mit seinem Volke zur Niederlage geführt hat, so vertraut er gläubig der Zukunft.“

III. Der Forscher.

Schulze Gaevernitz, der Mensch, der Politiker, der Lehrer und der Forscher, steht vor uns als eine Persönlichkeit aus einem Guß. Sein Leben und Wirken entspringt stets den gleichen Motiven und soll dem gleichen Ziele dienen: dem deutschen Idealismus, von dem alle seine Werke getragen sind. Eine Analyse seiner Schriften, so verschieden sie ihrem Inhalt nach auch sein mögen, beweist, daß er als Gelehrter mit demselben Eifer das deutsche Volk zu seinen Grundsätzen erziehen will, wie er dies als Politiker bestrebt ist.

Im Mittelpunkt seiner Forschungen und Betrachtungen stehen die Probleme eines sozialen Ausgleichs der verschiedenen Klassen des Volkes. Fragen der Sozialpolitik und des Sozialismus sind es deshalb, die ihn immer wieder beschäftigen. Eine Auseinandersetzung mit den Lehren von Karl Marx ist damit für ihn gegeben. Die meisterhafte Schilderung englischer Verhältnisse soll vorbildlich für die Deutschen wirken. So wird die Geschichte der englischen Wirtschaft gleichsam die Bühne, auf der er uns die Helden, die den Deutschen als Lehrmeister dienen sollen, vorführt.

In seinem zweibändigen Jugendwerk „Zum socialen Frieden“ versucht Schulze Gaevernitz eine Darstellung der sozialpolitischen Erziehung des englischen Volkes im 19. Jahrhundert zu geben. Im Anschluß an die Untersuchungen Brentanos schildert er uns die Entwicklung der englischen Wirtschaft im 19. Jahrhundert besonders im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern. Mit der Umgestaltung des Gewerbebetriebes entstehen in England zwei neue Klassen: der moderne Arbeitgeber und der moderne Arbeiter. Dieser neue Typ des Arbeitgebers ist ein selfmade man, ein ungebildeter Mensch, der die alten Arbeiterschutzgesetze beseitigt. Diesen Arbeitgebern kam die klassische Nationalökonomie zu Hilfe, denn sie verlangte den freien Wettbewerb aller mit allen, auch für die Arbeiter, und bekämpfte eine staatliche Regelung des Arbeitsverhältnisses. Die Unternehmer sahen aber den Arbeiter nicht als Menschen an, „sondern als ein Mittel der Kapitalerzeugung“. So mußte nach Disraeli das Volk in zwei Nationen zerfallen. „Ein solcher Druck, wie er in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts auf dem englischen Arbeiterstande lastete, ist zu keiner Zeit von den unteren Klassen eines Volkes, selbst nicht von einer Sklavenbevölkerung erduldet worden.“ „Ein Arbeitstag von 20 Stunden gehörte nicht zu den Seltenheiten.“ „Die Fabrik wurde oft zugleich der Harem des Fabrikanten.“ Schulze Gaevernitz zeigt uns die traurigen Verhältnisse, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts in England herrschten, in äußerst anschaulicher Weise, und erklärt so die Entstehung des Chartismus. „Der Bestand der englischen Gesellschaft schien in den dreißiger und vierziger Jahren des Jahrhunderts durch revolutionäre Bewegungen des Proletariats gefährdet.“

Erst in den fünfziger Jahren vollzieht sich der Umschwung, der an das Auftreten Thomas Carlyles anknüpft, jenes „Jesaias im 19. Jahrhundert“, wie ihn Schulze Gaevernitz nennt. Den Werken und dem Wirken dieses großen Mannes bringt Schulze Gaevernitz immer wieder das lebhafteste Interesse entgegen, durch das Studium seiner Schriften vertieft er sich in das englische Wesen und findet in diesem Philosophen, dem Bewunderer Kants und Goethes, eine Brücke zwischen englischem und deutschem Geist. Das erste Buch des „Socialen Friedens“ ist deshalb dem Sozialtheoretiker und Sozialpolitiker Carlyle gewidmet. Die Basis des Carlyleschen Gedankensystems ist die soziale Gesinnung, die Carlyle Antiindividualismus nennt. „Die Form, in der Carlyle seiner antiindividualistischen Grundanschauung einen dem Denken der Gegenwart entsprechenden Ausdruck verlieh, bot ihm die deutsche Philosophie: Kant, die Kantianer und vor allem Goethe“. Carlyle wandte sich gegen die klassische Nationalökonomie. Einzelne Menschen, altruistischen Denkens und Handelns mehr als andere fähig, sind die Helden, die die Fortschritte in der Geschichte hervorbringen. „Alle wahre Arbeit geschieht um ihrer selbst willen“, der wahre Arbeiter folgt allein seinem Glauben. Die

Geschichte eines Volkes hat positive und negative Zeiten, sie gipfeln nach Carlyle in Christus und Bentham, letzterem als dem Hauptvertreter des praktischen Materialismus der Neuzeit. „Die Kritik, die Carlyle an den gesellschaftlichen Zuständen der Gegenwart übt, bezieht sich nicht auf einzelne Schäden; die Gesellschaft unserer Zeit verliert nach Carlyle den zu ihrer Gesundheit notwendigen Glaubensinhalt durch Auflösung der inneren, aber auch durch den Untergang der äußeren Form. So führt der englische Denker zur Wandlung in der Gesellschaftsauffassung seiner Zeitgenossen, wird er doch nicht müde, sie auf die trostlose Lage der Arbeiter hinzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß das Problem der Gegenwart bedeute, „den Individualismus zu überwinden und an seiner statt soziale Motive zur Geltung zu bringen“. So kommt Carlyle zu dem Begriff des „Captain of industry“, „eines Ideals, welches heute von umso größerer Bedeutung wird angesichts des ungeheuren Machtzuwaches einzelner Kapitalisten“, wie es Schulze Gaevernitz seit jeher vorgeschwebt hat. Ein solcher Arbeitgeber muß die Interessen der Arbeiter zu den seinen machen und die wirtschaftlichen und politischen Mittel ihrer Selbsthilfe, Gewerkschaften und Arbeiterpartei, bejahen. Zugleich fordert er auch das Eingreifen des Staates auf dem Wege einer richtigen Fabrikgesetzgebung.

Schulze Gaevernitz legt in seinem Werke, dessen Ideen in seinen späteren Schriften immer wiederkehren, gleichwie die Grundmotive in Wagners Opern, auch diejenigen Geistesströmungen dar, die neben Carlyle den bedeutsamen Umschwung in England herbeigeführt haben: voran die Genossenschaftsbewegung, die von dem christlichen Sozialismus und den Lehren Robert Owens beeinflußt wurde. „Das theorethische Bekenntnis der Genossenschaftler wurde recht eigentlich erst durch den christlichen Sozialismus auf den Boden jener sozialpolitischen Richtung gestellt, welche von Carlyle ausgeht.“ So kann von der Genossenschaftsbewegung schon behauptet werden, daß sie den sozialen Frieden angebahnt habe. Ihre Bedeutung lag nicht nur in der Hebung des Arbeitereinkommens, sie hat zugleich die Arbeiter zu Kapitalisten gemacht, und damit den Gegensatz des Arbeiters zum Kapitalisten überbrückt. Neben dem Einfluß der Genossenschaften kommt der Universitätsbewegung eine große Bedeutung zu: „sie ist eine der wichtigsten Erscheinungen auf sozialem Gebiete und hat das bedeutungsvollste zur Versöhnung der sich gegenüberstehenden Gesellschaftsklassen beigetragen“. Zu ihren leuchtendsten Namen zählen die eines John Ruskin und Arnold Toynbee. Toynbee ist es, der infolge seiner Selbstlosigkeit und seiner Aufopferung für die sozialen Ideen auf Schulze Gaevernitz den größten Eindruck macht.

„Der ungeheure Umschwung von einer individualistischen zu einer sozialen Gesellschaftsanschauung“, so lesen wir zu Beginn des zweiten Bandes des „Socialen Friedens“, „welcher das Merkmal des 19. Jahrhunderts bildet, und dessen Mittelpunkt für England Thomas Carlyle gewesen ist, hat nicht nur die konservativen und

gemäßigt liberalen Richtungen ergriffen. Auch die radikalen haben ihm ihren vollen Zoll gezahlt. An Stelle des älteren Radikalismus, wie er theoretisch durch Bentham, politisch in der Lehre vom *laissez faire* durch John Bright, Cobden und andere vertreten wurde, tritt der Positivismus und der Sozialismus“. Schulze Gaevernitz beschäftigt sich deshalb mit diesen beiden Strömungen und den Einwirkungen, die sie auf die sozialen Verhältnisse Englands gehabt haben. Den Positivisten hatten es die Gewerkschaften zu verdanken, wenn sie nach langen Kämpfen durch ein Gesetz anerkannt wurden. Die Sozialisten, deren einzelne Gruppen Schulze Gaevernitz schildert, näherten sich erst allmählich den Gewerkvereinen, deren Sozialismus sich „lediglich an die Grenzen des Möglichen und Zweckdienlichen“ hielt. Schulze Gaevernitz sah voraus, daß eine steigende Ausbreitung der Trade Unions ihnen auch auf dem parlamentarischen Kampfplatz eine immer größere Machtstellung verleihen würde. Er hält deshalb den deutschen Arbeitern die Haltung ihrer englischen Kameraden vor und behauptet, daß „ein englischer Arbeiterführer nicht gewissen Radikalen des Festlandes gleicht, welche nichts als ihre Theorie kennen“, denn das sei „das Großartigste an jenen Arbeiterorganisationen, daß sie den Arbeiter zur Politik erziehen“. Es ist interessant, die Wandlung in der englischen Arbeiterschaft zu beobachten. Während damals den Gewerkschaften die Sozialisten viel zu radikal waren, so daß Schulze Gaevernitz meinte, „die Gewerkvereine und damit der englische Arbeiterstand überhaupt“ würden „den Aposteln des Umsturzes auch in Zukunft verschlossen bleiben“, sind heute die Gewerkschaften die radikaleren; die Labour Party mußte als Regierungspartei Konzessionen machen, so daß der letzte englische Gewerkschaftskongreß eine Trennung beider Organisationen beschloß.

Von diesen verschiedenen Geistesrichtungen ausgehend vollzog sich in England der Umschwung, der schließlich den sozialen Frieden vorbereitete, wie ihn Schulze Gaevernitz für jeden Industriestaat, besonders für Deutschland als das erstrebenswerte sozialpolitische Ziel hinstellt. Die Stellung des Arbeitgebers zum Arbeiter wandelte sich; nachdem der Unternehmer den Arbeiter „als seiner Schutzgewalt unterworfen“ betrachtet und gleichsam als Patron eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen hatte, bringt die letzte Periode die völlige Gleichheit beider Parteien auf dem Wege der Koalitionsfreiheit. Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bauen sich auf dem Boden politischer und gesellschaftlicher Gleichberechtigung auf. Dieselben Entwicklungen zeigen sich in der Geschichte der Fabrikgesetzgebung, die in den 70er Jahren zur gesetzlichen Anerkennung der Trade Unions führt. Das Verhältnis beider Parteien trägt jetzt „den Charakter eines politischen Bündnisses selbständig denkender Männer“, „der Gegensatz ist ein wirtschaftlicher, d. h. nicht derart, daß das Ziel des Kampfes Vernichtung des Gegners ist. Beide Seiten sind von einander abhängig.“ Erst dieses Stadium ermöglicht

es, eine wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiters herbeizuführen; eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung seiner Löhne vervollkommen gleichzeitig die Produktionsmittel. Die Gewerkschaftsidee ergreift immer größere Kreise der Industriearbeiter, und Schulze Gaevernitz konstatiert, daß „auf den wichtigsten Gebieten der Industrie Englands sich ein Friedenszustand vorbereitet, welchem man dort am nächsten scheint, wo die Organisation der Arbeiter am weitesten fortgeschritten ist“, der „auf die Mittel der politischen Revolution zu Gunsten der wirtschaftlichen und demokratischen Waffen verzichtet“. Denn die Gewerkvereinsführer gewinnen einen Einblick in den wirtschaftlichen Stand ihres Gewerbes, ihre schwierigste Aufgabe wird es, die Massen in den Grenzen der Vernunft zurückzuhalten. Nachdem auch die Organisierung der ungelerten Arbeiter angebahnt ist, sieht Schulze Gaevernitz mit dem gleichzeitigen Aufsteigen der Arbeiterklasse die Zeit des sozialen Friedens herannahen, deshalb darf er behaupten, daß „die englischen Arbeiter Hoffnung für die Zukunft erfüllt“, denn sie sind sich bewußt, „mehr als die irgend eines anderen Landes in dem Besitz derjenigen Bedingungen zu sein, welche die friedliche und allmähliche aber praktische Annäherung an das vorschwebende Ideal ermöglichen“. Im sozialen Fortschritt erblickt Schulze Gaevernitz auch einen moralischen Fortschritt, der soziale Frieden zwar schafft kein goldenes Zeitalter, er beseitigt nicht die Wirtschaftsstreitigkeiten, aber er nimmt ihnen die Gehässigkeit, weil sich zwei ebenbürtige Gegner gegenüberstehen. „Er schweiß Arbeiter und Unternehmer im Falle der letzten vaterländischen Not zur Einheit nach außen zusammen, wie es der Weltkrieg bewies.“

Wie weit Schulze Gaevernitz damals mit seinen Gedanken in Deutschland vorauselte, können wir einer Besprechung entnehmen, die H. A. Bueck, der bekannte Geschäftsführer des Bundes der Industriellen seiner Arbeit widmete (Stahl und Eisen, 12. Jahrgang, Heft 10 vom 15. Mai, Heft 11 vom 1. Juni 1892). Einen Frieden im Sinne der Gleichberechtigung der Arbeiter lehnten die deutschen Wirtschaftsführer ab. Deshalb schließt Bueck seinen Aufsatz mit den bezeichnenden Worten: „Möge man sich besonders hüten, diese Erleichterungen auch für die Organisation der Arbeiter zu schaffen. Sollte sie in Deutschland doch fortschreiten, und über kurz oder lang zu größerer Macht gelangen, so werden die Arbeitgeber suchen müssen, mit derselben fertig zu werden, aber es wird dann nicht der soziale Friede sein, sondern der Kampf bis aufs Messer!“

Die eingehende Beschäftigung mit Carlyle veranlaßte Schulze Gaevernitz, zum Dr. phil. mit einer Schrift über „Carlyles Stellung zu Christentum und Revolution“ zu promovieren. Demselben von ihm bewunderten Gelehrten widmete er 1893 das Buch „Thomas Carlyles Welt- und Gesellschaftsanschauung“, in das er große Teile seiner Studien über Carlyle, aus dem „Socialen Frieden“ hineinverarbeitete.

Die sozialpolitischen Ideen, die Schulze Gavernitz im „Socialen Frieden“ entwickelte, setzt er in seinem zweiten großen Werk „Der Großbetrieb, ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt“ (1892) fort. In diesem Buche, das ihn bald über Deutschlands Grenzen bekannt machte, stellt er die Frage: „In welchem Verhältnis steht der wirtschaftliche Fortschritt der arbeitenden Klassen, welches ist die Bedeutung der hohen oder niederen Lebenshaltung der Massen für die wirtschaftliche Machtentfaltung einer Nation?“ Hier zeigt er sich nicht nur als Sozial-, sondern als Nationalpolitiker, denn die sozialen Verhältnisse sollen nach seiner Meinung so gestaltet werden, daß Deutschland ein politisch und wirtschaftlich mächtiger Staat wird. Wieder nimmt er die Verhältnisse der englischen Industrie, und zwar die der Baumwollindustrie als Grundlage seiner Untersuchungen, um aus den englischen Wirtschaftszuständen Schlüsse für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zu ziehen. „Der beste Arbeiter der Welt“, so sagt er, „ist heute der mit den höchsten Bedürfnissen“, denn „ähnlich wie man den Sklaven nicht bessere Werkzeuge in die Hand geben konnte, waren einem elenden Fabrikproletariat die immer komplizierteren und wertvollen Maschinen nicht anzuvertrauen; um die Geschwindigkeit der Spindeln zu erhöhen, die Zahl der zu beaufsichtigenden Spindeln zu steigern, die Zahl der Arbeiter pro Spinnerei gegebener Größe zu mindern, dazu bedurfte es eines Arbeiters höherer Lebenshaltung.“ Seine Untersuchungen führen für ihn zu dem Ergebnis, „daß dort, wo die Kosten der Arbeit am niedrigsten sind, die Arbeitsverhältnisse am günstigsten liegen, die Arbeitszeit am kürzesten ist und die Wochenverdienste der Arbeiter am höchsten sind“, denn die technischen Fortschritte verlangen von dem Arbeiter zwar höhere Leistungen, aber sie verbessern seine Lage. „Physische Behendigkeit, geistiges Verständnis und die Tragung von Verantwortlichkeit sind von jenem schlechtgenährten Fabrikproletariat, wie es die Großindustrie bei ihrem Auftreten schuf, nicht zu erwarten. Hierzu bedarf es einer höheren Lebenshaltung des Arbeiters und der Rückführung der Arbeitszeit auf angemessene Grenzen.“ Als das grundlegende Resultat seiner Studien über den Großbetrieb können uns deshalb die folgenden Worte gelten: „Nicht die Länder, welche die niedrigst gelohnte Handarbeit, sondern die, welche die besten und am meisten Maschinen anwenden, erweisen sich heute am stärksten in dem gewerblichen Wettkampf der Nationen.“ „Damit wurde der Grundgedanke Fords um zwei Jahrzehnte vorweg ausgesprochen.“

Abermals mit englischen Fragen beschäftigt er sich in der in Naumanns Göttinger Arbeiterbibliothek erschienenen kleinen Schrift: „Ueber die Genossenschaftsbewegung der englischen Arbeiter“ (1896). Das Verhältnis zwischen England und Deutschland behandelt er in seinem in vielen Auflagen erschienenen Buche „England und Deutschland“ (1908), in dem er besonders Deutschlands Anrecht auf eine starke Flotte begründet, aber den Gedanken eines Angriffskrieges gegen England

auf das entschiedenste verwirft, weil er in dem britischen Reiche eine „Kulturtatsache allerersten Ranges“ sieht. In diesem Zusammenhange sei auch schließlich auf seine Kriegsschrift „Freie Meere“ (1915) hingewiesen, in ihr tritt er vor allem gegen England für die Gleichberechtigung Deutschlands als Flottenmacht und im Ueberseehandel ein und verlangt die Anerkennung des Privateigentums zur See im Kriege.

Die Studien Schulze Gaevernitz' über England gipfeln in dem Meisterwerk „Britischer Imperialismus und englischer Freihandel im 19. Jahrhundert“ (1906, 2. Auflage 1915). In diesem Buch kennzeichnet er in geistvoller Weise, gestützt auf die Untersuchungen Max Webers und Ernst Troeltsch', die Grundlagen der britischen Weltmacht, ihre historischen Aufgaben und ihre kulturelle Mission. „Vom weltgeschichtlichen Standpunkt aus ist das wichtigste Ereignis des 19. Jahrhunderts“, so leitet er sein Buch ein, „die Weltherrschaft des Angelsachsentums“. „Napoleons scheinbar phantastische und auseinandergehende Politik ist nur dann in ihrer Einheit und Größe zu verstehen, wenn man den einen leitenden Gedanken erfaßt hat: Der Kampf gegen England beherrscht bei Napoleon alles.“ Infolgedessen bedeutete der glänzende Sieg Deutschlands über Frankreich 1870/71 auch eine Wendung in der Politik für England. „Bei Sedan donnerten die deutschen Kanonen auch zu Gunsten Englands.“ Parallel mit Max Webers berühmter Abhandlung über die Puritaner entrollt Schulze Gaevernitz ein Bild der geistigen Entwicklung Englands vor unseren Augen. Der Geist Benthams hat die alte Welt zersprengt. „Geld wird der Zweck schlechthin“, der ökonomische Rationalismus triumphiert und findet seinen Höhepunkt in Ricardo. „Liberalismus aber und Demokratie sind britisch-puritanischen Ursprungs.“ Ausgehend vom Independententum, gipfelnd in den Quäkern, kommen die Engländer nach Schulze Gaevernitz' Meinung von der Gewissens- zur bürgerlichen Freiheit. In England entsteht die Aufklärung, der englischen entstammt die französische und dieser die deutsche. Kant aber wurde zu ihrem Ueberwinder, indem er alle Metaphysik beseitigte, die materialistische nicht minder als die spiritualistische. Seine Lehre führt zur Forderung eines „Ueberwirtschaftsmenschen“; „aber damit tritt man aus der englischen Geistesgeschichte heraus“. Schulze Gaevernitz sieht in der Religion „das Rückgrat der angelsächsischen Kultur“, sie steht unter dem Einfluß des Puritanertums, das das Jenseits in das Diesseits hineinträgt. So beruht „die Ueberlegenheit des angelsächsischen Typus auf kapitalistischer, sexueller, nationaler und sozialer Disziplinierung“.

Wenn auch Deutschland „über ein geringes ethisch-politisches Erbteil als England“ verfügt, so ist es doch die Geburtsstätte des Idealismus. „Aus deutschen Gewässern tauchte jenes Felseneiland auf, auf dem eine Kulturwelt neu gegründet werden kann. Der deutsche Idealismus war es, welcher Puritaner-

tum und Aufklärung dadurch überwand, daß er sie beide zu höherer Einheit emporführte.“ Nicht besser kann Schulze Gaevernitz' Denkungsart und Wesen gekennzeichnet werden, als durch die Worte, die wie eine Mahnung in unseren Tagen eines oberflächlichen Nationalismus und krassen Materialismus klingen: „Hüten wir Deutsche uns vor dem Wahne, die Erbpächter des Idealismus zu sein. In Weltanschauungsfragen muß jedes Geschlecht neu erwerben, um zu besitzen.“

Schulze Gaevernitz widmet seine Untersuchungen zunächst den Grundgedanken, die den britischen Imperialismus begründeten. Wir finden in seinen Büchern manche Ideen wieder, die wir schon aus seinen Jugendwerken kennen. „Aufklärung und Idealismus — Bentham und Carlyle — Ricardo und Ruskin — Cobden und Cecil Rhodes — Manchestertum und Imperialismus —: dies sind die Gegensätze, in denen sich das politische und volkswirtschaftliche Denken des englischen Volkes im 19. Jahrhundert bewegt.“ Im Manchestertum sieht er „den jüngsten und höchsten Sproß am Baume der englischen Aufklärung“. Die Manchesterpolitik führte zum Freihandel und machte damit England zum Mittelpunkt der Weltwirtschaft. Carlyle, der Nachkomme der Puritaner, wird „der Vater der imperialistischen Gedanken“. Zur angelsächsischen Kulturgemeinschaft zählen die britischen Imperialisten auch die Vereinigten Staaten. Niemand scheint mehr den imperialistischen Typus zu verkörpern als Cecil Rhodes, er war „kein Junker, noch weniger ein Kleinkapitalist. Als selbstgeschaffener Archimillionär stand Rhodes in einer Welt des durchgeführten Kapitalismus. Aber die letzten Ziele eines Rhodes lagen jenseits des Gelderwerbs. Nach seiner Pfeife tanzte der Kapitalismus, und Rhodes machte das Kapital politischen Zwecken dienstbar.“ So sollte er den deutschen Wirtschaftsführern zum Vorbild dienen. Die imperialistische Wirtschaftspolitik Englands gipfelt nach Schulze Gaevernitz' in dem Bestreben der „Weltherrschaft der angelsächsischen Rasse und Kultur“ und der „politischen Organisation des Weltreiches“. Zu diesem Imperialismus gehörte nach der Meinung vieler seiner Anhänger der Freihandel, während andere, wie Chamberlain, aus dem britischen Weltreich ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet schaffen wollten.

An der Spitze der britischen Volkswirtschaft steht „ein neuer Typus Mensch und greift nach dem Steuer“. Es ist der Financier, der an die „Stelle des in der Heimat wurzelnden, mit Gebäuden und Maschinen beschwerten industriellen Unternehmers tritt, welcher Werte schafft, um sie möglichst schnell wieder abzustoßen“, Entwicklungen, gegen die heute wieder Ford in Amerika protestiert. Diese Wirtschaftszustände führen nach Schulze Gaevernitz zur kapitalistischen Erschlaffung: „auf den Höhen des Rentnerstaates hat England die schwebenden Gärten der Kunst errichtet“. „In den quadergefühten Untergeschossen, auf denen der gewaltige Kulturaufbau ruht, nimmt unser Auge heute leise, aber doch verätherische Sprünge und Risse wahr.“ Doch warnt Schulze Gaevernitz vor Uebertreibungen, er weiß, daß „britische Patrioten die

Farben düster aufzutragen pflegen, um ihre Landsleute anzuspornen“. Wie recht er gehabt hat, und wie wenig man berechtigt war, von einer Dekadence Englands trotz seines Ueberkapitalismus zu sprechen, hat wohl der Krieg bewiesen.

„Tief in der englischen Volksseele wurzelt das soziale Ideal, das Streben nach materieller und geistiger Hebung der unteren Volksklassen. Neben dem Imperialismus ist dieses Ideal die große bewegende Kraft der Gegenwart.“ Große sozialpolitische Wandlungen sieht Schulze Gaevernitz voraus, die sich inzwischen durch den Aufstieg der Arbeiterpartei zur Regierungsmacht — Mac Donald als Ministerpräsident — verwirklicht haben.

„Der Zusammenhalt und die Stärke dieses himmelstürmenden Gebäudes, das von den Puritanern begründet, den Globus umfaßt, ruht auf einer tragkräftigen Weltanschauungsgrundlage“, denn „etwas gemeinsames besaßen alle jene Gegensätze, deren Zusammenwirken die britische Kultur des 19. Jahrhunderts ausmacht, etwas gemeinsames verband einen Richard Cobden mit einem Cecil Rhodes und einem William Morris. Ihnen allen stand fest, daß die Welt auf Grund gewisser Sollsätze zu bearbeiten, zu erobern, umzugestalten, zu verbessern sei.“ Aber Schulze Gaevernitz fürchtet das Verschwinden der alten Ideale im modernen England, es zerfällt die alte und einst so mächtige Berufsidee. „Nichts zu tun lebt der Auserwählte“, in diesem Ausspruch Oscar Wildes und in dem Bernhard Shaws: „Jedermann lügt als eine Sache des guten Geschmacks über Gegenstände, welche er als ernsthaft betrachtet“, erblickt Schulze Gaevernitz die Anzeichen der national- und sozialpolitischen Zersetzung. „Das kapitalistische System versagt, wo mit Ausbreitung antimoralistischer Tendenzen der Kapitalist grundsätzlich zum Gauner und Betrüger aufsteigt.“ So bleibt nur übrig, über diese neueste Moderne zurückzukehren zu jenem tiefen und doch einfachen Gedanken, den Kant mit dem Worte „Primat der praktischen Vernunft“ für alle Zeiten geprägt hat, und der als eigentlicher Kern dem deutschen Idealismus Einheit gibt. „Der deutsche Idealismus gibt dem kapitalistischen Geiste Antwort auf das rebellische Wozu? Erhobenen Hauptes kehrt der Sklave der Buchbilanz auf seinen Kontorbock zurück. Indem er Ziffern an Ziffern reiht, dient er wie sein puritanischer Vorfahr höherer Berufung: er erweitert den Nahrungsspielraum für die überquellende Menschheit; er untermauert die Größe und Macht des Vaterlandes.“

Neben England galt Schulze Gaevernitz Rußland stets als derjenige Faktor, der ihm für die Bestimmung der deutschen Außenpolitik als der wichtigste erschien. Seine Studien an der Moskauer Universität und seine vielfachen Reisen in Rußland machten ihn zu einem besonders guten Kenner der russischen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Verschiedenen kleineren Arbeiten über die russische Baumwollindustrie und Reiseberichten über Rußland folgten dann 1894 die Aufsätze über den russischen Nationalismus in den „Preußischen Jahrbüchern“. Seine vielfachen Artikel über die russi-

schen Zustände fanden ihren Niederschlag in dem grundlegenden Werk „Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland“ 1899, das heute wieder mehr denn je beachtet werden sollte, wenn auch natürlich manche Tatsachen durch die Ereignisse überholt worden sind. „Nicht die europäischen Gedanken europäisieren Rußlands Verhältnisse“, so sagt Schulze Gaevernitz in der Einleitung, „ohne Einfluß auf die gesellschaftliche Struktur des Ganzen verkümmern sie in der dünnen, literarisch gebildeten Oberschicht, weil ihnen der volkpsychologische Boden fehlt, in den sie breite Wurzeln einsenken könnten“. „Von Bedeutung wurden die philosophischen, politischen, sozialen Gedanken Europas in Rußland erst insoweit, als sie den eigenartigen wirtschaftlichen Bedürfnissen des Zarenreiches sich dienstbar erweisen.“ Was Schulze Gaevernitz vor mehr als 20 Jahren in Rußland feststellte, dürfte noch heute von der russischen Industrie gelten, daß sie „einen kolonialen Charakter trägt; die modernen Formen des fabrikmäßigen Großbetriebes wurden vom Westen her übernommen und unvermittelt aufgebaut“. Der Merkantilismus Peters des Großen, der aus Rußland einen europäischen Staat zu machen versuchte, unterschied sich wesentlich von dem der Westmächte, denn dort war „der moderne Staat nichts anderes als die Organisation dieses Bürgertums“. Im Osten dagegen war „der militärische Zweck Selbstzweck des Staates“, deswegen war „im Westen der Staat das Werkzeug, im Osten der Vormund des Handels“. Schulze Gaevernitz' Beobachtungen ließen sich dahin ergänzen, daß der preußische Merkantilismus Züge trug, die dem russischen stark wesensverwandt sind.

Bis zur Zeit Alexanders II. zerfielen deshalb alle gewerblichen Unternehmungen in zwei Gruppen: die gutsherrlichen und die unter Staatsaufsicht befindlichen sogenannten Possessionsfabriken. Die Aufhebung der Leibeigenschaft brachte für Rußland erst die wirkliche Befreiung der Arbeiter, aber schuf noch keine Arbeiterbewegung. Denn „ebenso verschieden wie der unfreie Fabrikarbeiter Rußlands von dem modernen westeuropäischen Arbeiter war, ebenso wenig glich der Gutsherrfabrikant dem westeuropäischen Arbeitgeber, welcher, in England wenigstens, bereits um die Wende des Jahrhunderts das Individuum der klassischen Nationalökonomie so ziemlich verwirklichte. Der adlige Fabrikbesitzer verfolgte nicht im freien Kampfe seine Interessen mit kaufmännischem Geiste. Seine Stellung beruhte auf rechtlichem und tatsächlichem Monopol.“

Zur Kennzeichnung der industriellen Verhältnisse Rußlands beschäftigt sich Schulze Gaevernitz eingehend mit der russischen Baumwollindustrie, die er mit den Zuständen der englischen Baumwollindustrie, wie er sie im „Großbetrieb“ geschildert hat, vergleicht. Er hält die für Westeuropa gewonnenen Grundsätze wegen des kolonialen Charakters der russischen Industrie, der damit verbundenen hohen Kapitalkosten und der mittelalterlichen Volkspsychologie für Rußland nicht ohne weiteres für anwendbar, denn „der Grundunterschied der russischen von der westeuropäischen Fabrikarbeit läßt sich in den Satz zusammenfassen: Der Arbeiter

hat das Band mit dem Lande noch nicht zerrissen“. Gilt dieser Satz nicht auch noch heute?

Auch in diesem Buche versucht Schulze Gaevernitz diejenigen geistigen Strömungen aufzudecken, die hinter den russischen Wirtschaftskräften standen. Er findet sie bei den Slavophilen und Panslavisten. Immer wieder betont er deren enge Zusammenhänge mit der deutschen Kultur. Die Slavophilen standen unter dem Einfluß der deutschen Romantik. Der Kampf der Panslavisten galt bei aller Feindschaft gegen Deutschland hauptsächlich England. Schon vor 30 Jahren spürte Schulze Gaevernitz die große Bedeutung, die der deutsche Sozialismus für die russischen Intellektuellen besaß, schildert er uns doch eine Unterredung mit Tolstoi, bei der „der große Dichter und Volksfreund nach keiner Kunde lebhafter und mit größerem Interesse forschte, als nach den Fortschritten des Sozialismus in Deutschland. In seinem Aufsteigen erblickte er die Morgenröte eines völlig neuen wahrhaft evangelischen Zeitalters.“

Seine Erörterungen russischer Probleme führen ihn zu dem Ergebnis: Rußland ist trotz aller Gegensätze auf eine Verständigung mit Deutschland angewiesen, Deutschland aber muß sich hüten, in den Fehler zu verfallen, den Friedrich List einst den Engländern vorwarf, die sich allein zur Industrieentwicklung berufen erklärten. Die damals ausgesprochenen Worte könnten auch heute als Leitmotiv für die Behandlung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gelten: „In handelspolitischer Beziehung aber ist Europa und Deutschland für Rußland nahezu gleichbedeutend. Deutschland hat eine größere Einfuhr nach Rußland als irgend welches andere Land. Wie die geistige Berührung mit Deutschland (die Romantiker, Hegel, Marx) in diesem Jahrhundert für das russische Geistesleben entscheidend gewesen ist, so sind auch die russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen von Natur die engster Nachbarschaft; der deutsche Kaufman versteht sich am besten auf russische Bedürfnisse und russischen Geschmack; die zahlreichen Deutschen in Rußland vermitteln mit ihnen persönliche Beziehungen.“

Diese russischen Untersuchungen hatten den Grundgedanken: Rußland muß sich aus finanz- wie aus machtpolitischen Gründen wirtschaftlich europäisieren, daher „über den bäuerlich proletarischen Zwergbetrieb des Nationalwirts zu größeren, Ueberschüsse für Exportzwecke verkaufenden Bauernbetrieben übergehen, zugleich vom Gemeindeeigentum zum Privateigentum“, nachdem der Adel als Landwirt versagt hatte. Eingeleitet von Peter Struve hatten Schulze Gaevernitz' volkswirtschaftliche Studien in russischer Uebersetzung großen Einfluß auf Stolypin und dessen Agrarreform, deren Grundgedanken sich wieder melden werden, sobald das neue Rußland ausländische Kredite unter Verteidigung der Parität seiner Währung verzinsen und für diesen Zweck die Exportwirtschaft pflegen sowie Ueberschußbetriebe aufbauen muß.

Schulze Gaevernitz hat immer zu den Nationalökonomern gehört, die eine enge Verbindung der Wirtschaft mit der Praxis gefordert haben. Wie seine Werke sämtlich auf längeren Reisen und praktischen Arbeiten beruhten, so konnte er nach eingehender Beschäftigung mit Fragen des Bankwesens noch kurz vor dem Kriege sein grundlegendes Werk über „Die deutsche Kreditbank“ vollenden, das zunächst 1915 im Grundriß der Sozialökonomik und dann 1922 als Buch erschien. Schulze Gaevernitz ist seit vielen Jahren Mitglied des Aufsichtsrats der Süddeutschen Diskontogesellschaft, einer der angesehensten deutschen Provinzbanken, die dem Mannheimer Warenhandel, dem Pfälzer Weinbau sowie der verarbeitenden Industrie Süddeutschlands nahesteht. In der „Kreditbank“ gibt er eine anschauliche Gestaltung der Entstehung und Entwicklung des deutschen Bankwesens. Vor allem versucht er in ihm eine scharfe begriffliche Klärung der einzelnen Bankgeschäfte durchzuführen und so ein Lehrbuch des Bankwesens zu geben. Die umwälzenden Veränderungen in unserem Wirtschaftsleben mögen uns manche seiner Ausführungen heute als überholt erscheinen lassen, die Zeit ist, wie er meint, für eine Neuauflage noch nicht reif, aber die theoretischen Fundamente des Werkes werden ihren bleibenden Wert behalten, und eine Gesundung unserer Volkswirtschaft wird uns vielleicht die Zustände im Bankwesen wiederbringen, die Schulze Gaevernitz als Normen aufgestellt hat. Denn auch in diesem rein praktischen Dingen gewidmeten Buch, in dem er, wie er selbst sagt, „erzieherisch auf den gehobenen Nachwuchs der deutschen Bankwelt einwirken“ wollte, zeigt er sich als Anhänger des deutschen Idealismus. Auch hier gilt ihm Kant als der Wegweiser und „die letzte Frage unseres Bankwesens, die seiner innersten Zusammenhänge, die Frage seines Aufstiegs und seines Verfalls, ist eine Weltanschauungsfrage“.

Im letzten Kriegsjahre beschäftigte sich Schulze Gaevernitz vielfach mit den Fragen des Wiederaufbaus und veröffentlichte seine Schrift „Neubau der Weltwirtschaft“ (1918). Schon damals warnte er vor der „Gefahr des wirtschaftlichen Nationalismus nach dem Kriege“. Wie er es im Reichstag ausgesprochen hatte, so wiederholte er es in diesem Buch, „daß die Meistbegünstigungsklausel in alle Friedensverträge aufgenommen werden sollte. Deutschland müßte infolgedessen auf alle direkten und indirekten staatlichen und privaten Exportprämien verzichten.“

Die Stellungnahme, die er zum Problem des Marxismus einnahm, haben wir bereits des öfteren in dieser Schrift behandelt. Seine Grundauffassung finden wir in der Rektoratsrede „Marx oder Kant“ (1908) und in verschiedenen Aufsätzen wie „Noch einmal Marx oder Kant“ (1910), „Was fällt von Marx? — was bleibt von Marx?“ (1910) sowie in „Kant in Marx“ (1923) niedergelegt. „Im deutschen Idealismus bejahte das empirische Ich zum ersten Mal in bewußter Freiheit den überempirischen Wert, welcher die Kulturwelt menschlichen Denkens wie Handelns trägt. Marxens innerster Kern war jene Wertver-

neinung, in der das empirische Ich, empört über verschlissene Wertüberlieferungen, den überempirischen Wert selbst leugnet. In Marx flammte die Leidenschaft der Zerstörung.“ Marx erscheint ihm als Monist im Gegensatz zum Dualismus Kants zwischen dem Sein und dem Soll, „bei Marx verschlingt das Sein den Wert: was nicht wirklich ist, ist kein Wert. In diesem Sinne ist Marx Wert-nihilist“. Marx leugnete die Idee der deutschen Nation, „die von Fichte in dunklen Tagen unserm Volke als Leitstern vorschwebte“, während sie Schulze Gaevernitz voller Inbrunst bejaht. In Marx' materialistischer Geschichtsauffassung sieht er den „Versuch, die Geschichte zur Naturwissenschaft zu erheben“. Da Marx nur die kausale Notwendigkeit feststellen will, kann ihm der Mensch auch „nichts als Natur“ sein, und so wird für ihn „alles gleich wertvoll und wertlos“. Schulze Gaevernitz aber bekennt sich zu dem „Soll des Pflichtgebots“. Aus dem Primat der praktischen Vernunft fließt ihm der Glaube an die Macht des Guten in der Welt und damit an die „Idee des geschichtlichen Fortschrittes in der Richtung auf den überempirischen Wert“. An diese Schrift und die ihr folgenden Aufsätze schloß sich eine lebhaft Polemik an, die auf sozialistischer Seite hauptsächlich von Karl Vorländer geführt wurde. Man warf Schulze Gaevernitz vor, daß er alles Licht auf Kant, allen Schatten auf Marx fallen lasse. Dagegen hat Schulze Gaevernitz in seiner Schrift „Was fällt von Marx — was bleibt von Marx?“ den idealistischen Kern bloßgelegt, der in Marx' Mehrwertlehre, in Marx' Fortschrittsgedanken und vor allem in der Lehre vom Zukunftsstaat als dem „Reiche der Freien“ lebendig ist. Den Gedanken vom Zukunftsstaat bezeichnet Schulze Gaevernitz als „den wertvollsten und dauerhaftesten Teil des marxischen Gebäudes“.

Wenn wir versuchen wollten, Schulze Gaevernitz einer bestimmten Richtung unter den Socialökonomien einzureihen, werden wir ihn den Anhängern der voraussetzungslosen Wirtschaftswissenschaft zuzählen müssen, zu deren Mitbegründern und Vorkämpfern er gehört. Als Schüler Brentanos wurzelte er, wie dies auch seine Studien über englische und russische Wirtschaftsverhältnisse beweisen, in der historisch-ethischen Schule, die gemeinsam mit der exakt-isolierenden auf den Untersuchungen Friedrich Lists fußend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland vorherrschte. Als Max Weber in seinem grundlegenden Aufsatz über „Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“ im Jahre 1904 behauptete, daß „die stete Vermischung wissenschaftlicher Erörterung der Tatsachen und wertender Raisonsnements eine der zwar noch immer verbreitetsten aber auch schädlichsten Eigenarten unseres Faches“ sei, und den Nationalökonomien die Worte entgegenhielt: „eine empirische Wissenschaft vermag niemandem zu lehren, was er soll, sondern was er kann — und unter Umständen, was er will“, legte er damit den Grundstein für die wertfreie Sozialwissenschaft,

deren Förderung sich besonders das von ihm mit Sombart und Jaffé herausgegebene Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik widmen sollte. Schulze Gaevernitz schloß sich Webers Forderungen an und arbeitete eifrig an dem Aufbau dieser neuen Methode der Wirtschaftslehre mit. So zeigt er sich auch auf methodologischem Gebiete als Vorkämpfer des deutschen Idealismus, hier besonders beeinflußt von den Forschungen des Neu-Kantianers Heinrich Rickert. In der Lujo Brentano zum 70. Geburtstage gewidmeten Schrift „Wirtschaftswissenschaft?“ (1915) stellt er das Axiom der „strengsten Scheidung der rein kausal erklärenden Seinswissenschaft von der wertenden Politik“ auf. Die Wirtschaftswissenschaft, so sagt er, habe „nicht zu klagen, nicht zu loben, sondern lediglich das, was ist, festzustellen und kausal zu erklären“. Der Gedanke des Fortschritts muß aber der Wirtschaftswissenschaft als Prinzip der „Auswahl des Wesentlichen“ zugrunde liegen. Er sieht in ihm „ein christliches Erbstück der westeuropäischen Welt“, der „von Kant neu begründet, von Fichte und Hegel zur geschichtsphilosophischen Weltanschauung des deutschen Idealismus gesteigert wurde“. Trotz seiner engen Verbindung mit der historischen Schule wendet er sich gegen das geistlose „Antiquarierertum“, verlangt aber auch eine strenge Scheidung der Wirtschaftswissenschaft von der Psychologie und Soziologie. Die Wirtschaftswissenschaft darf, so schließt er ganz im Weberischen Geiste, „keine Wirtschaftspolitik“ sein.

Ebenfalls methodologischer Natur ist sein Aufsatz über die „Privatwirtschaftslehre“ in dem Sammelheft „Die private Unternehmung und ihre Betätigungsformen“ (1914), in dem er, angeregt durch die grundlegenden Forschungen seines früh verstorbenen Schülers Hans Schönitz und Weyermanns, sich mit den Fragen der Begründung einer besonderen Privatwirtschaftslehre zur Untersuchung der Strebungen der Unternehmerpsyche beschäftigt und ihre Berechtigung bejaht. Denn, meint er, „die neuere Privatwirtschaftslehre bildet engere und inhaltsreichere Begriffe und steht insofern dem tatsächlichen Wirtschaftsleben näher als die klassische Oekonomie. Ihr Ziel ist es, zu einer realistischen Theorie zu gelangen.“

Auf Grund seiner in Amerika angestellten Studien verfaßte er eine Schrift „Amerikas Ueberimperialismus“, die in der Festgabe zu Lujo Brentanos 80. Geburtstage erschienen ist. Er kehrt damit wieder zu der Behandlung angelsächsischer Probleme zurück, die ihn zeitlebens am meisten gefesselt haben. In zwei in der Frankfurter Zeitung (Nr. 933 vom 14. und Nr. 958 vom 23. Dezember 1924) erschienenen Aufsätzen über „Religion und Demokratie in Amerika“ entwickelt er die Gedanken, die seinem neuesten Werk zu Grunde liegen. „Religion und Demokratie“, so sagt er, „die leicht als Gegensätze erscheinen möchten, sind dem Ursprung wie dem Inhalt nach nah miteinander verwandt, entspringt doch die neuzeitige Demokratie als allgemeines Menschenrecht jener Welle religiöser Erhebung, die in England im

17. Jahrhundert aufstieg und in Amerika ihren Höhepunkt erreichte.“ „Es ist der Ruhm Amerikas, und zwar nicht der calvinistischen Pilgrimväter, sondern der von ihnen verfolgten Baptisten und Quäker, als erstes von allen Ländern Freiheit und Demokratie, so wie wir sie heute verstehen, aus der Welt der Forderungen und Programme in die Welt der politischen Tatsachen übergeführt zu haben.... Hier erstand der freie Bürger im freien Staat und Washington folgte nur dieser Linie als er den freien Staat durch eine Föderation freier Staaten sicherte. Diese Gedanken arbeiteten, sehr zu unseren Ungunsten, noch während des Weltkrieges in der amerikanischen Volksseele. Sie entnahm ihren Schwung dem wenn auch irrigen Glauben, es gelte die Welt für die Demokratie sicher zu machen.“

Es ist erklärlich, daß sich um einen Gelehrten und Forscher von der Tiefe und Vielseitigkeit eines Schulze Gaevernitz eine große Reihe von Schülern und Anhängern schart, die seine Gedanken in ihren Schriften weiter vertiefen oder als Politiker sich von ihnen beeinflussen lassen, die aber ihrerseits dem Meister und Lehrer manche Anregung bringen. Voran unter diesen Freunden steht Friedrich Naumann. Ursprünglich Sozialist christlicher Färbung und kirchlich positiv unter dem Einflusse von Wichern und Stöcker, vollzieht er in den 90er Jahren seine entscheidende Wendung zum Liberalismus. Schulze Gaevernitz hatte bereits auf der Tagung des Nationalsozialen Vereins zu Darmstadt 1898 die Verschmelzung der Naumannschen Bewegung mit der von Theodor Barth geleiteten Freisinnigen Vereinigung gefordert. Diese Verbindung wurde bald darauf vollzogen, und auf diesem Boden steigt Naumann „schrittweise auf bis zum anerkannten und begeistert verehrten Führer der gesamten deutschen Demokratie“. Das Telegramm, in dem Naumann die Verschmelzung mit der Freisinnigen Vereinigung dem Abgeordneten Barth nahelegt, wird im August 1903 von Schulze Gaevernitz und Naumann gemeinsam im Garten des Rebhauses in Freiburg verfaßt. Hand in Hand hiermit geht Naumanns Abwendung von dem positiven Kirchentum und seine Zuwendung zum deutschen Idealismus. Naumann ist Schulze Gaevernitz' alljährlicher Gast in Crainsdorf, während der Sommerferien können sich die beiden Freunde eingehend über Weltanschauungs- und politische Fragen besprechen. Diese Unterredungen finden zum Teil ihren Niederschlag in einer Reihe von Aufsätzen, die Schulze Gaevernitz in der „Hilfe“ veröffentlichte, z. B. in seinen „Randbemerkungen zum deutschen Idealismus“ (Hilfe vom 11. November und 9. Dezember 1906), in „Kants Du solist im Zeitalter des Kapitalismus“ (Hilfe Nr. 1 1913) und in „Der Unsterblichkeitsglaube Goethes und Kants“ (Hilfe 1913, Nr. 44 und 45).

Neben dem Vorkämpfer christlicher Ethik ist es Ludwig Frank, der Jude und Sozialdemokrat, der als Schüler und Freund im Geiste Schulze Gaevernitz' wirkt. Er gehörte zu den ersten Doktoranden, die unter Schulze Gaevernitz in Freiburg promovierten. Der Sohn des

oberbadischen Kleinbauerdorfes, der aus kleinsten Verhältnissen stammt, wird zum gefeierten Anwalt der Armen und Bedrängten und bald zum großzügigen Führer des deutschen Sozialismus erwählt. Ganz im Sinne von Schulze Gaevernitz faßt er im Jahre 1913 sein Lebensziel zusammen: „Wenn das Sehnen der Helden von 1813 in Erfüllung gegangen ist, wenn die Mitwirkung des Volkes im Verfassungsleben und im Staatsleben gesichert ist, wenn wirklich freiheitliche Verfassungen da sind, wenn Uebergriffe der Militärgewalt in das Gebiet der bürgerlichen Freiheit ausgeschlossen sind, dann wird die Zeit gekommen sein, wo Millionen des Volkes, die jetzt grollend auf der Seite stehen, sich freudig einreihen in das Staats- und Volksganze. Niemand wird sich mehr auf diesen Tag freuen als wir, niemand kämpft mehr und arbeitet mehr auf diesen Tag — der aber nur erreicht werden kann, wenn der Sieg der Freiheit sich durchgesetzt hat.“ In einem Briefe an Schulze Gaevernitz schreibt Frank: „Wie alle Wege nach dem Rom der Idee führen, war einer der seltsamsten Pfade zu diesem Wanderziel der historische Materialismus, der die deutschen Arbeiter revolutionierte.“

Gerade wegen seiner sozialpolitischen Grundeinstellung bekämpfte Schulze Gaevernitz die Elemente englisch-französischer Aufklärung in Marx ebenso seinen aus Frankreich übernommenen Gedanken des Klassenkampfes wie seine aus England stammende utilitarische Einstellung, er wies auf Lassalle und die in ihm versteckten Grundlagen idealistischer Herkunft hin. Ihm nahestehende Schüler haben diese Gedanken fortgeführt und auf das Erbgut des deutschen Idealismus hingewiesen, so Carl Trautwein in seinem Buche über „Ferdinand Lassalle und sein Verhältnis zur Fichteschen Sozialphilosophie (Jena 1913), ferner Franz Petry in „Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie“ (Jena 1916) und Sven Helander in „Marx und Hegel“ (Jena 1922).

Da er den deutschen Industriestaat bejaht, befürwortet Schulze Gaevernitz gegen Adolf Wagner und Oldenberg in Vorlesungen wie im Seminar den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb „des zum Reformbauern zu erhebenden Kleineigentümers nach besten badischen Vorbildern“. Auf diesem Boden baute sein Schüler Moritz Hecht, jetzt Vorstand des Badischen Statistischen Amtes, seine Untersuchungen auf (vergl. seine Schriften: „Drei Dörfer der badischen Hart“, 1895, und „Die badische Landwirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts“, Karlsruhe 1902, und vergl. hierzu Schulze Gaevernitz' gleichbetitelten Aufsatz in der „Zeit“ vom 5. Februar 1903). Eine Reihe ausgezeichneter Schülerarbeiten behandelte das gleiche Thema, so Otto Möricke in seiner „Agrarpolitik des Markgrafen Karl Friedrich von Baden“ (Karlsruhe 1905). Mit diesen Fragen beschäftigte sich auch Schulze Gaevernitz' Aufsatz „Ein Wort zur Ansiedlungsnovelle“ („Die Hilfe“ vom 12. Januar 1908), in dem er „für die Expropriation zwecks Ansiedlung nicht nur gegenüber dem polnischen, sondern auch dem deutschen Großgrundbesitz in der Ostmark eintrat

und so die engnationalistische Ostmarkenpolitik Bülow's zur Sozialpolitik steigerte“. Auf Hechts und Schulze Gaevernitz' landwirtschaftliche Studien geht vielfach Eduard David in seinem Buche „Sozialismus und Landwirtschaft“ zurück, das eine wichtige Wendung des sozialistischen Denkens in Deutschland einleitete. David sah in dem Kleinbauern einen Arbeiter, der im Besitz seines Produktionsmittels, des Landes, durch Genossenschaften geführt werden sollte, und wandte sich damit von der älteren marxistischen Lehre ab.

Schulze Gaevernitz hat sich stets mit warmer Ueberzeugung für die verarbeitende und verfeinernde Industrie eingesetzt und ihre wirtschaftlichen Erfolge als Grundlage aller Sozialpolitik bezeichnet. Er ist aus diesem Grunde auch dem Werkbunde als Mitglied beigetreten. Ein Industriespezialist wie Professor Herbert von Beckerath in Bonn gehört zu seinen nächsten Schülern.

An Schulze Gaevernitz' Studien auf dem Gebiete des Bankwesens knüpft Professor Sven Helander-Kiel in seinem Werk „Die Theorie der Zentralisation im Notenbankwesen“ (Jena 1916) an, in dem er das Wesen der Zentralnotenbank untersucht. Diese Zentralnotenbank, die früher nur den Zwecken des Geldwesens diente, sucht heute die Wirtschaft von einem Zentralpunkte aus zu regeln und von der Zentralnotenbank zur Zentralbank aufzusteigen.

Eine Reihe der angesehensten jüngeren Nationalökonomien, die heute die deutschen Universitäten zieren, zählen zu Schulze Gaevernitz' Schülern, hierzu gehören sein alter Jugendfreund Heinrich Sieveking in Hamburg, dann die Professoren Goetz Briefs in Freiburg, Carl Brinkmann in Heidelberg, Wilhelm Prion in Berlin, Theodor Plaut in Hamburg, Georg Obst in Breslau und Hans Proesler in Nürnberg.

Neben den Trägern heute schon anerkannter Namen und allen denen, die als praktische Volkswirte im Geiste von Schulze Gaevernitz zu wirken suchen, sind es Tausende, die als Schüler in den Kollegs zu seinen Füßen saßen oder in seinen Seminaren zu ernster und strenger Arbeit von ihm angeregt wurden. Wie er an sich die höchsten Anforderungen stellt, so war er kein Meister, der seinen Gesellen ein leichtes Stück aufgab. Nur in der Selbstzucht sieht er den Weg zum Idealismus. Als Ausklang mögen deshalb die Worte hier stehen, die er vor Jahren in seinem Aufsatz „Randbemerkungen zum deutschen Idealismus“ schrieb: „Mutig über alle Verneinung hinaus durch die Tat ein höheres Leben ewiger Werte zu ergreifen, ist für mich der innerste Inhalt des deutschen Idealismus.“

Wie der Verfasser dieser Arbeit als Motto ein Wort des Mannes vorausgesetzt hat, dessen Wirken und Werke er darzulegen versuchte, so wüßte er zum Abschluß nichts besseres als jene Zeilen wiederzugeben, mit denen Schulze Gaevernitz ihm gegenüber jüngst ein Bekenntnis über seine Lebensarbeit und sein Lebensziel abgelegt hat. „Ich bin mir bewußt“, so schreibt er,

„nur einen verschwindenden Teil des riesenhaften Gebietes meiner Wissenschaft bearbeitet zu haben — die reine Theorie, deren methodologische Berechtigung ich ausdrücklich anerkenne, liegt mir fern. Ich bin mir nicht minder bewußt, daß alle Wissenschaft „Stückwerk“ ist, d. h. von Teil zu Teil fortschreitet, ohne je das Ganze zu erreichen. Umsomehr bin ich bereit, dieses unerforschliche Weltganze als das Weltgute anbetend zu verehren. Der deutschen Jugend, der handarbeitenden nicht minder als der kopfarbeitenden, rufe ich zu im Sinne und im Vermaße meines großen, mir nächststehenden Landsmannes Angelus Silesius, als ein anderer Cherubinischer Wandersmann:

„Gott ist ein Abgrund zwar,
Doch füllt ein Wasser rein
Den Abgrund bis zum Rand.
Wag's! Stürze Dich hinein!“



Bibliographie*).

A.) Seine Bücher.

- Zum socialen Frieden.** Eine Darstellung der sozialpolitischen Erziehung des englischen Volkes im 19. Jahrhundert. 2. Bde. Leipzig, Duncker & Humblot, 1890.
Englische Uebersetzung durch Graham Wallace, London, S. Sonnenschein, 1893.
Russische Uebersetzung durch Goldenweiser, Kiew, Kuljenko, 1891.
- Carlyles Stellung zu Christentum und Revolution.** Philosophische Dissertation, Leipzig, Carl Marquart, 1891.
- Der Großbetrieb.** Ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt. Leipzig, Duncker & Humblot, 1892.
Englische Uebersetzung: The Cotton Trade in England and on the Continent von Oskar S. Hall, Manchester, Marsden Co., 1895.
Französische Uebersetzung: La grande industrie von P. Gueroult, Paris, Guillaumin, 1896.
Russische Uebersetzung von Peter Struve, Petersburg, Pantelejeff, 1897.
Italienische Uebersetzung von D. Jannaccone. Bibliotheca Economica, IV. serie, Vol. IV.
Japanische Uebersetzung von Jamasaki, Tokio 1903.
- Thomas Carlyles Welt- und Gesellschaftsanschauung.** Führende Geister. Eine Sammlung von Biographien, herausgegeben von Dr. Anton Bettelheim, Bd. 5, Dresden, L. Ehlermann, 1893. — 2. Aufl. Sammlung Geisteshelden, Bd. 6, Berlin, Ernst Hoffmann, 1897.
- Die Genossenschaftsbewegung der englischen Arbeiter.** Göttinger Arbeiter-Bibliothek, herausgegeben von Friedrich Naumann, Bd. I. 7. Heft, Göttingen, Vandenhoeck und Rupprecht, 1896.
- Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland.** Leipzig, Duncker & Humblot, 1899.
Russische Uebersetzung, eingeleitet von Peter Struve, Petersburg, Glagoleff, 1901.
- Britischer Imperialismus und englischer Freihandel im 19. Jahrhundert.** Leipzig, Duncker & Humblot, 1906, 2. Aufl. im 20. Jahrhundert, 1915.
- England und Deutschland.** Festschrift zum Geburtstage des Großherzogs Friedrichs II. von Baden, Freiburg, 1908, 2. Aufl. Berlin-Schöneberg, Verlag der Hilfe, 1908, 3. u. 4. Aufl. Berlin, 1911, 5. Aufl. Buchholz und Weißwange, Berlin-Charlottenburg, 1922.
- Marx oder Kant?** Rektoratsrede, Freiburg i. Br., Speyer & Kerner, 1908, 2. Aufl. 1909.
Russische Uebersetzung von Hessen, Petersburg, Jukolski, 1909.
- Gesellschaftssteuer?** Köln, Dumont-Schauberg, 1909.
- Wirtschaftswissenschaft?** München und Leipzig, Duncker & Humblot, 1915.
- Freie Meere.** Der Deutsche Krieg, Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jaekch, 32. Heft, Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt, 1915.
Französische Uebersetzung: La mer libre, Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt, 1915.
Englische Uebersetzung: How England looks to Germany, New York, Laureate Press, 1915.

*) Die Bibliographie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- Die Deutsche Kreditbank.** Grundriß der Sozialökonomik, 5. Abtlg., 2. Teil J. B. C. Mohr, Tübingen, 1915.
Gesondert als Buch erschienen 1. Aufl. Tübingen 1916, 2. Aufl. 1922.
- Neubau der Weltwirtschaft.** Vereinsschriften der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Heft 7, Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1918.
- Der Frieden und die Zukunft der Weltwirtschaft.** Offener Brief an die gerecht denkenden Minderheiten in den alliierten und neutralen Ländern. Zürich, Orell Füssli, 1919, gleichzeitig **englische und französische Uebersetzung.**
- Der Wendepunkt des Weltkrieges.** Berlin, Reimar Hobbing, 1920.
In Vorbereitung: **Aus britischer Welt.** (Zunächst in russischer Sprache.)

B.) Seine Aufsätze.

- Toynbee Hall.** Grenzboten, 1887.
- Die Geltung des Reichshaftpflichtgesetzes neben dem Unfallversicherungsgesetz.** Zeitschrift für das Privat- und Oeffentliche Recht der Gegenwart, 16. Jahrgang, 1889, S. 457/479.
- Ein Programm englischer Reformpolitik.** Preuß. Jahrbücher Bd. 63, S. 243/62, 1889.
- Vermeidung und Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten in England.** Schmollers Jahrb., 13. Jahrgang, 1889.
- Bericht der von industriellen und wirtschaftlichen Vereinen nach England entsendeten Kommission zur Untersuchung der dortigen Arbeitsverhältnisse.** Deutsches Wochenblatt, 3. Jahrg., Nr. 6 v. 6. Febr. 1890.
- Die Novelle zur Gewerbeordnung,** Correspondent der Buchdrucker 1890.
- Budgets zweier englischer Arbeiterfamilien.** Der Arbeiterfreund, 30. Jahrg. S. 29, 1891.
- Referat über das Werk von Sartorius von Waltershausen:** Der moderne Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Deutsches Wochenblatt Nr. 16 v. 16. April 1891.
- Der wirtschaftliche Fortschritt, die Voraussetzung der sozialen Reform.** Archiv für soziale Gesetzgebung Bd. V, S. 1—26, 1892.
- Die Arbeitseinstellung an den Kohlengruben Durhams.** Die Zukunft, 1. Jahrgang, Heft 3 vom 15. Okt. 1892, S. 112/20.
- Gewerkvereine in Australien.** Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Aufl., 4. Bd., 1892.
- Ein Tagebuchblatt aus den russischen Notstandsgegenden.** März 1893.
Beilage zur Münchener Allgemeinen Zeitung Nr. 108 v. 19. April 1893.
- Nochmals die englische und deutsche Baumwollindustrie.** Schmollers Jahrbuch, 17. Jahrg., 4. Heft, S. 1224—1229, 1893.
- Die agrarischen Aufgaben der Gegenwart.** Badische Landeszeitung vom 19. April 1893.
- Referat über Münchener Volkswirtschaftliche Studien.** Arbeiten von Franke u. Sinzheimer. Nationalzeitung, Berlin, Nr. 659 v. 28. Nov. 1893.
- Der russische Nationalismus und seine wirtschaftlichen Träger.** Preuß. Jahrbücher Bd. 75, SS. 1/31, 337/64, 496/528, 1894.
- Die sozialpolitische Bedeutung des deutsch-russischen Handelsvertrages.** Sozialpolitisches Centralblatt, III. Jahrg. No. 23 v. 5. März 1894, S. 265.
- Die Reform des ländlichen Erbrechts.** Rede bei der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Wien vom 28. und 29. September 1894, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 61, Leipzig, Duncker und Humblot, 1895.
- Erklärung gegen die Umsturzvorlage.** Beilage zu den Grenzboten, 1895, Heft 11.

- Referat zu dem Werke von Geoffrey Drage über Arbeitslosigkeit. Christliche Welt Nr. 16, 1895.
- Die gegenwärtigen Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse in Deutschland.** Ethische Kultur, Wochenschrift, begründet von Georg von Gizycki, 3. Jahrg., Nr. 18/19 v. 4. u. 11. Mai 1895.
- Die Moskau Wladimirsche Baumwollindustrie.** Schmollers Jahrbuch, 20. Jahrg., 1896, Heft 3/4, S. 51/100 u. 73/136.
- Großindustrie und Sozialpolitik.** Offener Brief an Herrn Kommerzienrat R. Vorster. Die Nation, 13. Jahrg. 1896, S. 495/7.
- Kosaken von Kobeljaki.** Die Zeit, Wien, 13. Jahrg. 1896, S. 115/136.
- Reiseberichte aus dem Gouvernement Charkoff.** Soziale Praxis, 5. Jahrg. 1896, S. 1/7, 69/72, 242/47.
- Reiseberichte aus der Ukraine.** Soziale Praxis, 5. Jahrg. 1896, S. 395/402.
- Referat über die Handelsverträge.** Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins zu Darmstadt vom 25.—28. Sept. 1898, Verlag Eugen Kundt, Berlin, S. 88/100.
- Handelspolitik und Flotte.** Die Nation, 15. Jahrg. 1898, Nr. 22/4.
- Ansprache an die liberalen Wähler in Bückeburg.** 1898, Flugblatt, Bückeburg.
- Zur Flottenvorlage.** Berliner Wissenschaftliche Korrespondenz 1898.
- Voyage d'un économiste en Ukraine.** Musée sociale. Paris, 25. Jan. 1898.
- Produktionskosten in der Baumwollindustrie in Moskau und Westeuropa.** Die Gewerkschaft, Wien, N. F. 1. Bd. S. 597/603, 1900.
- Schulze Gaevernitz gegen Parvus.** Der Volksfreund v. 6. Februar 1900.
- Landwirtschaft und Flotte.** Die Zeit, herausgegeben v. Friedr. Naumann, Berlin, 1. Jahrg. Nr. 2, v. 10. Okt. 1901, S. 40—46.
- Referat zu dem Werk von Lehmann und Parvus: Das hungernde Rußland.** Die Nation, 18. Jahrg. Nr. 17. v. 26. Jan. 1901.
- Zum Universitätsstreit.** Die Zeit, 1. Jahrg. Nr. 13, v. 27. Dez. 1901, S. 398/99.
- Goethes Monismus.** Die Zeit, 2. Jahrg. Nr. 38, v. 18. Juni 1903, S. 369/71.
- Die badische Landwirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts.** Die Zeit, 2. Jahrg. Nr. 19 v. 5. Febr. 1903, S. 586/592.
- Unsere Zukunft.** Brief an Friedrich Naumann über die gegenwärtige Krisis der Nationalsozialen. Die Hilfe, 9. Jahrg. Nr. 31 v. 2. August 1903.
- Britisch-Russische Probleme.** Die Nation Nr. 30 v. 25. April 1904.
- Englands Vergeltungszölle.** Die Hilfe, 11. Jahrg. Nr. 9 v. 5. u. Nr. 10 v. 12. März 1905.
- Cecil Rhodes als Finanzmann.** Plutus v. 13. 9. 1906.
- Randbemerkungen zum deutschen Idealismus.** Die Hilfe, 12. Jahrg. Nr. 45 v. 11. Nov. u. Nr. 49 v. 9. Dez. 1906.
- Kultur und Wirtschaft.** Die neudeutsche Wirtschaftspolitik im Dienste der neudeutschen Kultur, Vortrag, Verhandlungen des Evangelisch-Sozialen Kongresses in Straßburg i. E. 18. Kongreß, S. 12—32, Göttingen, Vandenhoeck und Rupprecht, 1907.
- Marx oder Kant?** Hochschulnachrichten München, 19. Jahrgang, Nr. 2, 1908. Wieder abgedruckt in der „Täglichen Rundschau“ v. 22. Okt. 1908.
- Ein Wort zur Ansiedelungsnovelle.** Die Hilfe, 14. Jahrg. Nr. 2 vom 12. Januar 1908.
- England und Deutschland.** Illustrierte Zeitung, Leipzig, v. 11. Febr. 1909.
- Die englisch-deutschen Beziehungen und unsere Reichsfinanzreform.** Rede auf dem Evangel.-Sozialen Kongreß in Heilbronn a. N. 1909, Die Hilfe, 15. Jahrg. Nr. 25 vom 20. Juni 1909.
- Englisch-Deutsche Beziehungen und Reichsfinanzreform.** Evangelisch-Sozial, Berlin 1909.

- Oesterreichs Zukunft.** Die Hilfe, 15. Jahrg. Nr. 42 vom 17. Okt. 1909.
- Kant oder Marx?** Die Hilfe, 15. Jahrg. Nr. 43 vom 25. Okt. 1909.
- England and Germany — Peace or War?** The American Review of Reviews. New York, Nov. 1909.
- Noch einmal Marx oder Kant?** Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 30, Heft 1, S. 514/531, Heft 3, S. 825/847, 1910.
- England-Deutschland-Amerika.** Zeit im Bild, Berlin, 8. Jahrg. Nr. 20, 1910.
- Marxismus und evangelisch-sozialer Kongreß.** Evangelisch-Sozial, 1910.
- Was fällt von Marx — was bleibt von Marx?** Die Hilfe, 16. Jahrg. Nr. 36 v. 11. Sept., Nr. 37 v. 18. Sept., Nr. 44 v. 6. Nov., Nr. 45 v. 15. Nov. 1910, SS. 571—573, 586—588, 699—701, 716—718.
- Kommunale Unternehmungen.** Rede auf dem Kongreß des Vereins für Sozialpolitik vom 27.—29. Sept. 1909 in Wien, abgedruckt in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 132, SS. 293—297, Duncker und Humblot, Leipzig, 1910.
- Die Nachfolge Bebels. Antwort an Graf Mirbach.** Berliner Tageblatt Nr. 190 v. 13. April 1911.
- Die Ziele des Liberalismus.** Freiburger Volkszeitung vom 15. Mai 1911.
- Offener Brief an die Daily News, London,** September 1911.
- Wovon lebt Freiburg?** Rede des Reichstagskandidaten Prof. Dr. v. Schulze Gaevernitz, gehalten am 7. Dez. 1911 in Freiburg, Freiburg, Hochreuther, 1911.
- Badische Bauernpolitik.** Rede, gehalten in Bötzingen am 31. Dez. 1911. Freiburg, Hochreuther, 1912.
- Referat zu Walther Rathenaus:** Zur Kritik der Zeit, Frankfurter Zeitung Nr. 108 vom 19. April 1912.
- Die leitende Frage des diesjährigen Bankentages.** Frankfurter Zeitung Nr. 274 v. 3. Okt. 1912.
- Oesterreich-Ungarn und Deutschland und die Neuordnung am Balkan.** Neue Freie Presse, Wien, vom 20. Nov. 1912.
- Die gegenwärtige Weltlage.** Offener Brief, zugleich abgedruckt in der Frankfurter Zeitung, Neuen Freien Presse, Wien, Badischen Landesboten und Freiburger Volkszeitung Nr. 267 v. 21. Nov. 1912.
- Deutschland, Oesterreich und der Balkan.** Die Hilfe, Nr. 48 v. 28. Nov. 1912.
- Kants „Du sollst“ im Zeitalter des Kapitalismus.** Die Hilfe, 19. Jahrg. Nr. 1 v. 2. Jan. 1913, S. 8—9.
- Volkspartei und Landwirtschaft.** Freiburger Volkszeitung Nr. 28 v. 3. Febr. 1913.
- Das Leuchtölmonopol.** Breisgauer Zeitung, Freiburg i. Br., v. 1. März 1913.
- Festrede beim 25 jährigen Jubiläum der Drogisteninnung zu Berlin.** 21./23. Febr. 1913. Der Deutsche Drogist Nr. 9 v. 1. März und Nr. 10 v. 8. März 1913.
- The Balkan States and Peace.** The Irish-American, Vol. 65 Nr. 13 New York vom 29. März 1913.
- Der Kalibergbau.** Breisgauer Zeitung Nr. 99 v. 29. April 1913.
- Weltlage, Wehrvorlage, Deckungsfrage.** Rede, gehalten in der Festhalle zu Freiburg am 6. Mai 1913. Die Hilfe, 19. Jahrg. Nr. 21 vom 22. und Nr. 22 vom 29. Mai 1913, SS. 322—323, 339—342.
- Ernst Goldmann †.** Der Tag vom 13. Aug. 1913.
- Nachruf auf Prof. Goldmann.** Breisgauer Sonntagsblatt zu den Breisgauer Nachrichten, Emmendingen, vom 7. Sept. 1913.
- Der Unsterblichkeitsglaube Goethes und Kants.** Die Hilfe, Nr. 44 vom 13. Okt. und 45 vom 6. Nov. 1913, SS. 698—699, 709—710.
- Rückblick und Ausblick in der Leuchtölfrage.** Petroleum, 9. Jahrg., Nr. 1 vom 1. Okt. 1913, S. 17/19, und Fortschrittliche Volkszeitung, Freiburg i. Br., Nr. 123 v. 30. Mai 1913.

- Bericht der Reichstagskommission über den Gesetzentwurf betreffend ein Leuchtölmonopol.** Drucksachen des Reichstages, 1913. (s. unten).
- Urteile über Zabern.** B. Z. am Mittag, Berlin, Nr. 284 v. 4. Dez. 1913.
- Zur Besteuerung der Auslandsweine.** Breisgauer Nachrichten Nr. 116 v. 19. Mai 1914.
- Ludwig Frank.** Frankfurter Zeitung Nr. 261 v. 20. Sept. 1914.
- Russische Reisebriefe.** Die Hilfe, 20. Jahrg. Nr. 39 v. 24. Sept., 40. v. 1., 41 v. 8. und 42 v. 15. Okt. 1914, SS. 637—638, 656—657, 669—671, 687—689.
- Le pamphlet d'un aviateur allemand.** Journal de guerre v. 25. Nov. 1914. (Das erste politische Fliegerflugblatt des Weltkrieges!)
- Deutscher Aufruf an das Französische Volk.** Badischer Landesbote Nr. 287 v. 8. Dezember 1914.
- Privatwirtschaftslehre?** Die Private Unternehmung und ihre Betätigungsformen, herausgegeben von Hoeniger, Liefmann, Mombert, Schoenitz, Schulze Gaevernitz usw. Heft 1, S. 73/88, J. Bensheimer, Mannheim, 1914.
- Frei Vlandern.** Vortrag in Freiburg am 9. Januar 1916. Oberbadische Volkszeitung Nr. 7 v. 10. Jan. 1916.
- The real England as she appears to German eyes.** New York, German-American-Literary-Defense-Committee, 1915.
- Wirtschaftswissenschaft?** In der Festschrift für Lujo Brentano. S. 401-427, München und Leipzig, Duncker und Humblot, 1916, (gesondert als Buch erschienen, s. ob.).
- Stimmen Walloniens.** Deutsche Politik, 1. Jahrg. Nr. 2 v. 7. Jan. 1916.
- An der Schwelle des dritten Kriegsjahres.** Vortrag in Breslau. Deutsche Politik, 1. Jahrg. Nr. 36 v. 1. Sept. 1916, S. 1557-1561, wieder abgedruckt in der Furche.
- Zum Kapitel Flamenromantik.** Das neue Deutschland, Nr. 50/52 vom 23. Sept. 1916.
- Germany Waits Britains Recognition of Peace as First Among Equals** Instead of „Mistress of the Seas“. Evening Mail, New York, v. 31. Jan. 1917 (Funkspruch).
- Die vlamische Bewegung.** Deutsche Politik, 2. Jahrg. Nr. 5 v. 2. und Nr. 7 v. 16. Februar 1917.
- Die Vlamen.** Vossische Zeitung Nr. 102 v. 25. Febr. 1917, wieder abgedruckt im Türmer, 19. Jahrg. 1917, 2. Aprilheft, Nr. 14, S. 115-119, mit Einleitung der Redaktion (Freiherrn von Grotthuss).
- Vlandern.** Panther, März 1917.
- Verständigungsfrieden und Reichstagsresolution.** Deutsche Politik, 2. Jahrg. Nr. 43 vom 26. Okt. 1917, S. 1386-92.
- Der Notschrei Flanderns.** Die Hilfe, 23. Jahrg. Nr. 15 vom 12. April 1917.
- Briefwechsel mit Geheimrat Hoche über die Reichstagsresolution.** Breisgauer Zeitung, Freiburg i. Br., Juli 1917.
- Neubau der Weltwirtschaft.** Fränkischer Kurier, Nürnberg, v. 13. Nov. 1917.
- Vom Weltkrieg zum Weltfrieden.** Vortrag im Paulussaal zu Freiburg i. Br. am 12. Nov. 1917, Flugblatt d. Freiburger Druck- und Verlagsgesellschaft, 1917.
- Vom Wirtschaftskrieg.** Vossische Zeitung Nr. 641 v. 16. Dez. 1917.
- Zum Wirtschaftsfrieden.** Vossische Zeitung Nr. 659 v. 27. Dez. 1917.
- Deutschland und Amerika in amerikanischer Beleuchtung.** Deutsche Politik, 3. Jahrg. Nr. 1 v. 4. Jan. 1918, S. 12/17.
- Gegenkritik an der „Deutschen Kreditbank“.** Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 9. Jahrg., Heft 72, 1918.
- Zum Freiheitsfrieden.** Deutsche Politik, 3. Jahrg. Nr. 12 v. 22. März 1918, S. 558/565.

- Dr. Fritz Kestner als Kartellpolitiker.** Schmollers Jahrbuch, 42. Jahrg. 2. Heft, 1918.
- Parlamentarismus und Krone.** Deutsche Politik, 3. Jahrg. Nr. 21 vom 24. Mai 1918, S. 658-661.
- Mitteleuropa jetzt!** Mitteleuropa, 2. Jahrg., Heft 23, v. 4. Juni 1918, S. 245-247.
- Wilsons Friedensvermittlung.** Vossische Zeitung Nr. 515 v. 8. Okt. 1918.
- Nochmals Wilsons Friedensvermittlung.** Frankfurter Zeitung Nr. 307 v. 5. Nov. 1918, wieder abgedruckt Breisgauer Nachrichten, Emmendingen, Nr. 260 v. 7. Nov. 1918.
- Brief an die Süddeutschen Monatshefte** vom 7. Febr. 1919 aus Waldulm, Südd. Monatshefte, 16. Jahrg., März 1919, S. 378.
- Wie es kam. Okt. 1918 und Nov. 1918.** Deutsche Politik, 3. Jahrg., Nr. 8 v. 21. Febr. und Nr. 11 v. 14. März 1919, ins Englische übersetzt: What caused the German revolution, Nov. 1918. Deaborn Correspondent, Febr. 1919, herausg. von Ford, Detroit, U.S.A.
- Frankreichs Absicht auf das Hanauerland.** Breisgauer Zeitung, Freiburg i. Br., Nr. 87 v. 29. März 1919.
- Offener Brief an die gerechtdenkenden Minderheiten in den alliierten und assoziierten Ländern.** Neue Zürcher Zeitung v. 19. u. 21. Juni und Breisgauer Nachrichten Nr. 136 v. 14. Juni 1919, (auch ins Englische und Französische übersetzt) als Flugblatt bei Sittenfeld, Berlin, 1919, später als Buch, s. ob.
- Die Legende von Zabern.** Breisgauer Zeitung v. 15. April 1919.
- Betrachtungen eines Nationalökonomen zum Friedensentwurf.** Freiburger Zeitung Nr. 162 v. 16. Juni 1919.
- Zum wirtschaftlichen Friedensschluß.** Bayrische Handelszeitung Nr. 14 v. 5. April 1919.
- Ueber die Zukunft der Weltwirtschaft.** Süddeutsche Textilzeitung v. 24. Sept. 1919.
- Nochmals Wilsons Friedensvermittlung.** Vossische Zeitung Nr. 526 v. 15. Okt. 1919.
- Zur Abwehr.** 8 Uhr Abendblatt, Berlin, Nr. 242 v. 24. Okt. 1919.
- Revision des Friedens.** Ostseezeitung, Stettin, v. 28. Okt. 1919.
- Videant Consules! Die Hilfe,** 25. Jahrg. Nr. 44 v. 30. Okt. 1919, S. 612-14.
- Der Deutsche Freiheitsgedanke.** Die Hilfe, 25. Jahrg. Nr. 50 v. 11. Dez. 1919, S. 706-09.
- Der Friedensvertrag und seine Revision.** Hannoverscher Anzeiger vom 12. Nov. 1919.
- Die Revision des Friedensvertrages.** Freiburger Zeitung v. 17. Nov. 1919.
- Erwiderung zu den Erklärungen Ludendorffs im Untersuchungsausschuß.** Berliner Tageblatt Nr. 593 v. 12. Dez. 1919.
- Eine Erwiderung.** Heidelberger Tageblatt Nr. 296 v. 23. Dez. 1919.
- Erwiderung an Ludendorff.** Demokratische Parteikorrespondenz vom 29. Dez. 1919.
- Ueber französisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen.** Neue Zürcher Zeitung vom 8. April 1920, wieder abgedruckt Deutsche Politik Nr. 28 vom 28. Mai 1920.
- Der Vorschlag einer Valutaterminbörse in Amsterdam.** Econ. Statist. Berichten, Rotterdam, vom 5. Februar 1920, wieder abgedruckt Bankarchiv, 19. Jahrg. Nr. 15 vom 1. Mai 1920, S. 177-178.
- Die Solidarität der Weltwirtschaft.** Schweizerland, 6. Jahrg., 6. Heft, Juni 1920.
- Max Weber als Nationalökonom.** Frankfurter Zeitung Nr. 492 vom 7. Juli 1920.
- In Hellerau.** Neue Zürcher Zeitung vom 25. Oktober 1920.

- Deutschland und England, Londoner Eindrücke.** Frankfurter Zeitung Nr. 850 vom 16. Nov. 1920, wieder abgedruckt Oberbadische Presse vom 22. Nov. 1920.
- Der Wiederaufbau Europas.** Die Hilfe, 26. Jahrg. Nr. 40 vom 15. Nov. 1920, S. 613.
- The Reconstruction of Europe.** The Contemporary Review, London, Dez. 1920.
- Champaign Consumption in Berlin.** Manchester Guardian v. 30. Dez. 1920.
- Gerechtigkeit.** Kulturkorrespondenz v. 14. Jan. 1921.
- Oberschlesien.** Frankfurter Zeitung Nr. 33 v. 14. Jan. 1921.
- The international Dreyfus case.** Foreign Affairs, London, Januar 1921.
- Zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft.** Süddeutsches Industrieblatt vom 5. März 1921.
- The economic situation in Germany.** Manchester Guardian v. 15. März 1921.
- Die Frage der Wiedergutmachung.** Neue Freie Presse, Wien, v. 17. u. 20. April 1921.
- Stimmen über das Ultimatum.** Freiburger Zeitung vom 11. Mai 1921.
- Warum wir annehmen mußten.** Vossische Zeitung Nr. 218 v. 11. Mai 1921.
- Voraussetzungen der Reparationen.** Dortmunder Rhein-Ruhrzeitung vom 22. August 1921.
- Thoughts on Reparation.** Hibberts Journal, London, 1. Okt. 1921.
- Solidarität der Weltwirtschaft.** Hannoverscher Kurier v. 8. Nov. 1921, wieder abgedruckt in der Weltwirtschaft, XI. Jahrg., 1922, S. 157.
- Verständigungsfrieden.** Volkswacht, Freiburg, v. 24. Mai 1922.
- England und Deutschland. Ein Rückblick.** Die Hilfe, 28. Jahrg., Nr. 15, 1922, S. 228-229, wieder abgedruckt Technik und Wirtschaft, 15. Jahrg., 10. Heft, Oktober 1922, S. 485-88.
- Max Weber als Politiker.** Frankfurter Zeitung Nr. 815 v. 14. Nov. 1922.
- Justice.** Foreign Affairs, London, Juni 1922.
- Max Weber als Nationalökonom und Politiker.** In „Hauptprobleme der Soziologie“. Erinnerungen für Max Weber, Bd. I, S. XIII/XXII, München, Duncker u. Humblot, 1923.
- Frankreich und Deutschland.** Frankfurter Zeitung Nr. 257 v. 8. April 1923.
- Kant in Marx.** Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 50, Heft 3, Mai 1923, S. 818-824.
- Die Schuld.** Frankfurter Zeitung vom 9. September 1923.
- Les deux ailes de l'Europe.** La Paix par le droit, Paris, Jan. 1924.
- Americas Opportunity.** The new Republic, New York, vom 11. Juni 1924.
- Amerika als Weltgläubiger.** Frankfurter Zeitung Nr. 514 vom 12. Juli 1924.
- Der Aufstieg Amerikas.** Frankfurter Zeitung Nr. 527 vom 17. Juli 1924.
- Die Schicksalsstunde des 7. Dezember.** Demokratischer Zeitungsdienst, Berlin, v. 25. Nov. 1924.
- Deutschland am Scheidewege.** Vossische Zeitung Nr. 485 v. 11. Okt. 1924.
- Amerikas Weltwirtschaftsmacht.** Berliner Tageblatt Nr. 553 v. 21. Nov. 1924, wieder abgedruckt in der Wochenausgabe des Berliner Tageblatts Nr. 50 v. 11. Dez. 1924.
- Religion und Demokratie in Amerika.**
- a) **Der Ursprung der Demokratie.** Frankfurter Zeitung Nr. 933 vom 14. Dez. 1924.
 - b) **Der Inhalt der Demokratie.** Frankfurter Zeitung Nr. 958 vom 23. Dez. 1924.
- Brentano.** Frankfurter Zeitung Nr. 943 v. 18. Dez. 1924.
- The spiritual bedrocks of America.** Deaborn Correspondent, Detroit, 1925.
- Peace.** In „Immanuel Kant“, herausg. von der Yale University Press. New Heaven 1925.

- Der andere Völkerbund.** Die Neue Rundschau, 36. Jahrg., 5. Heft, Mai 1925, S. 449-457.
- Die sociale Botschaft der „Freunde“, genannt Quäker, an unsere Zeit.** Abgedruckt in Mitteilungen für die Freunde des Quäkertums in Deutschland, 2. Jahrg. Nr. 8, August 1925.
- Referat über Othmar Spann: Tote und lebendige Wissenschaft.** Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrg., Heft 5, 1925.
- Referat über Carl Brinkmann: Englische Geschichte 1815—1914.** Literaturblatt der Frankfurter Zeitung Nr. 23 v. 1. Nov. 1925.
- Amerikas Ueberimperialismus.** Für die Brentano-Festschrift, Bd. I. S. 107-126. München, Duncker und Humblot, 1925.
- In Vorbereitung: „Karl August Milde, ein Lebensbild.“**
- England.** Artikel für die „Sowjetencyclopädie“ (in russischer Sprache).

C.) Besprechungen seiner Bücher und Aufsätze.

- Ueber Vermeidung und Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten in England, 1889:**
in der Deutschen Arbeiterzeitung Nr. 41-44, 1889, v. Oechelhäuser.
- Ueber Zum socialen Frieden, 1890:**
in den Grenzboten Nr. 39, 1890.
im Deutschen Wochenblatt Nr. 42 v. 16. Okt. 1890, v. H. Herkner.
in der Wissenschaftl. Beilage z. Leipziger Zeitung Nr. 130 v. 30. Okt. 1890, v. W. Lotz.
in Stahl und Eisen, 12. Jahrg. Nr. 10 v. 15. Mai, S. 449-452 und 11 v. 1. Juni, S. 497-516, 1892, v. H. A. Bueck.
in der Revue d' Economie politique, Paris, Juli 1891, v. M. E. Mahaim.
in The Spectator v. 31. März 1894.
in Fortnightly Review, Febr. 1891, v. D. F. Schloß.
- Ueber den Großbetrieb, 1892:**
in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. IV, 1892, v. Wörrishofer.
im Handelsmuseum, Wien, Bd. VII, Nr. 40 v. 6. Okt. 1892, v. H. Herkner.
in den Preußischen Jahrbüchern, Bd. 71, Heft 1, 1893, v. G. Schmoller.
in The Economic Journal v. J. E. C. Munro.
in The Manchester Guardian v. 19. August 1895.
- Ueber Thomas Carlyles Welt- und Gesellschaftsanschauung, 1893:**
in der Deutschen Literaturzeitung Nr. 42 v. 20. Okt. 1894 v. P. Hensel.
- Ueber Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland, 1899:**
in der Nation Nr. 26 v. 31. März 1900 v. M. J. Bonn.
in der Hilfe Nr. 21, 1900, S. 3/4, v. Maurenbrecher.
in Schmollers Jahrbuch, 4. Heft, 1900, S. 403/7, v. K. Ballod.
in Petermanns Mitteilungen, Literaturbericht, 1900, S. 164, v. Kraemer.
in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1900, S. 162, v. A. Raffalowich.
in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Wien, 1900, S. 528, v. Schullern.
in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung, München, Nr. 22, 1900, v. R. Hermann.
in dem Literarischen Centralblatt für Deutschland, Leipzig 1900, Nr. 10, v. —n.
in der Baltischen Monatsschrift, Riga, 1901, 51. Bd., S. 161 ff., v. A. Tobien.
in der Revue d' Economie politique, Paris, April 1900, v. G. Blondel.
- Ueber den Britischen Imperialismus, 1906 und 1915:**
in dem Literarischen Centralblatt für Deutschland 1906, S. 1335.
in dem Blaubuch, Berlin, 1906, S. 840/2.

- in den Preußischen Jahrbüchern, Heft 1, 1906, S. 155/7, v. H. Delbrück.
 in der Hilfe, 12. Jahrg., Nr. 33 u. 34, 1906, v. Friedr. Naumann.
 in der Zeit vom 12. Aug. 1906, v. W. Lotz.
 in Conrads Jahrbüchern, 1908, S. 394/7, v. G. Brodnitz.
 in der Schweizerischen Theologischen Zeitschrift, 1908, S. 43/6,
 v. A. Farner.
 in der Literarischen Rundschau für das katholische Deutschland,
 Freiburg 1909, S. 75, v. Ch. Eckert.
 in der Zeitschrift für Politik, IV. Bd., Heft I, 1910, S. 219/24,
 v. K. Wiedenfeld.
 in der Frankfurter Zeitung, Ende 1908 (?), v. M. J. Bonn.
 in der Neuen Rundschau, 1917, S. 400/404, v. S. Saenger.
 in der Deutschen Arbeit in Oesterreich, 17. Jahrg., 6. Heft, 1918.

Ueber England und Deutschland, 1908:

- in der Deutschen Volksstimme v. A. Damaschke, Berlin, 1908,
 S. 712.
 in The Nation von Eduard Bernstein vom 22. August 1908.
 im Archiv für Sozialwissenschaft, 28. Bd., Heft 3, 1909, S. 889, v. M.

Ueber Marx oder Kant, 1908:

- in der Hilfe Nr. 36 vom 6. und Nr. 37 vom 13. Sept. 1908, S. 577/79
 und 393/4, v. M. Maurenbrecher.
 Max Maurenbrecher: Neu-Marxismus und Neu-Kantismus,
 in der Hilfe, Nr. 44 vom 1. Nov. 1908.
 in der Neuen Zeit, Nr. 12, vom 18. Dez. 1908.
 in den Sozialistischen Monatsheften, 1908, S. 66.
 in der Evangelischen Freiheit, Tübingen, 1908, S. 356.
 in der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemo-
 kratie vom 8. Okt. 1908 (unter der Ueberschrift Hochschul-
 lehrer und Marxismus).
 in der Täglichen Rundschau vom 10. Oktober 1908.
 Karl Vorländer: Marx oder Kant? Ein Beitrag zur neuesten
 Diskussion über dieses Thema, in dem Archiv für Sozialwissen-
 schaft, 28. Bd., Heft 3, 1909, S. 693-705.
 in der Kartellrundschau, Karlsruhe, 1909, S. 819/24, v. H. Heiderich.
 in dem Technischen Magazin, Berlin, 1909, 3. Heft, S. 277.
 in der Pädagogischen Zeitung, Literarische Beilage, Berlin 1909, Nr. 6.
 in den Kantstudien, Berlin, 1910, S. 525, v. M. Salomon.
 Johann Plenge: Marx oder Kant? in der Zeitschrift für die
 gesamte Staatswissenschaft, 67. Jahrg., 2. Heft, 1910, S. 213-239.
 Karl Vorländer: Kant und Marx. Ein Beitrag zur Philo-
 sophie des Sozialismus, Tübingen, J. C. B. Mohr, 1911.

Ueber Freie Meere, 1915:

- in den Pädagogischen Blättern für Lehrerbildung, 1915, S. 341.
 in der Evangelischen Freiheit, 1915, S. 192.
 in den Historisch-Politischen Blättern für das Katholische Deutsch-
 land, 1916, Bd. 155, S. 618, v. Rost.

Ueber Die Deutsche Kreditbank 1915 und 1922:

- in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1916, S. 209/13, v. F. Schmidt.
 in dem Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 42, 1. Heft, 1916, S. 230/6,
 v. Adolf Weber.
 in der Sozialen Kultur, April 1916, v. Liese.
 in der Zeitschrift für Kommunalwirtschaft vom 15. Juli 1916.
 in der Schlesischen Zeitung vom 31. Januar 1916.
 in der Freisinnigen Zeitung, Berlin, vom 25. Januar 1916.
 in der Neuen Zürcher Zeitung vom 25. Januar 1916.
 in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 7. Dezember 1915.

- in der Jenaischen Zeitung vom 5. Februar 1916.
 in der Straßburger Post vom 20. Februar 1916.
 im Bankbeamten, 24. Jahrgang, Nr. 1, vom 1. April 1916.
 in der Bayrischen Handelszeitung Nr. 15/16 vom 15. April 1916.
 in der Unterhaltungsbeilage zu den Deutschen Nachrichten, Deutsche
 Warte, vom 9. März 1916, v. A. Pohlmann.
 in den Baseler Nachrichten vom 4. Mai 1916.
 in der Frankfurter Zeitung vom 14. Mai 1916, v. H. Mauer.
 in den Münchener Neuesten Nachrichten Nr. 16 vom 17. August 1916.
 im Finanzarchiv, 33. Jahrg., 1917, 2. Bd., S. 408-411, v. Artur Cohen.
 in der Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht, Nr. 8, 1916, v. Hufner.
 im Schwäbischen Merkur Nr. 409 vom 1. September 1916.
 im Archiv für Wirtschaftsforschung im Orient, v. C. Schaefer, 1916.
 im Glückauf vom 23. Dezember 1916, v. Pölnitz.
 im Weltwirtschaftlichen Archiv, Bd. 11, 1917, Heft 1, S. 10/15,
 v. Gustav Motschmann.
 im Archiv des Oeffentlichen Rechts, v. Stier-Somlo, 1916.

Ueber Wirtschaftswissenschaft, 1915:

- im Juristischen Literaturblatt, v. Bovensiepen.
 im Archiv für Sozialwissenschaft, 42. Bd., Heft 2, 1916, S. 613-14.

Ueber den Neubau der Weltwirtschaft, 1918:

- im Handelsmuseum, Wien, 1918, Bd. 33, S. 372.
 in der Hilfe, 1918, S. 420, v. I. Lübeck.

Ueber den Frieden und die Zukunft der Weltwirtschaft, 1919:

- in der Hilfe, 1919, S. 735.
 im Weltwirtschaftlichen Archiv, 1920, Bd. 15, S. 571, v. hm.
 im Handelsmuseum, Wien, 1920, 35. Bd., S. 411.
 in Niemeyers Zeitschrift für das Internationale Recht, 1920, Bd. 28,
 S. 553, v. O. Schmieder.

D.) Parlamentarische Tätigkeit.

(Nach den Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode.
 1. Session. Bd. 297, Sprechregister, Berlin 1914, Druck und Verlag
 der Norddeutschen Buchdruckerei.)

In den Reichstagsreden behandelte Themen:

- Banken** und ihre Bedeutung als kapitalistische Unternehmungen, als
 Kreditinstitute. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2657 D., 2658 B.
Bevölkerungsfragen. Rückgang der deutschen Geburtenziffer, Einführung
 einer Fruchtbarkeitsziffer anstelle einer Geburtenziffer in der Sta-
 tistik. Bd. 284, 30. Sitzung, S. 821 C.
Fortschrittliche Volkspartei. Stellung zur Freihandelspolitik, siehe Han-
 delspolitik.
Etatswesen. Reichshaushaltsetat für 1912. Reichsamt des Innern. Bd. 284,
 30. Sitzung, S. 819 A., 31. Sitzung, S. 862 C.
 Allgemeine Finanzverwaltung. Bd. 285, 67. Sitzung, S. 2200 C.
 Reichshaushaltsetat für 1913. Allgemeine Finanzverwaltung. Bd. 289,
 149. Sitzung, S. 5132 C.
Handelspolitik. Anstellung einer öffentlichen allgemeinen Enquete auf
 kontradiktorischer Grundlage über die Ergebnisse der bisherigen
 Wirtschaftspolitik nach dem Vorbilde der badischen Statistik von
 1912. Bd. 284, 30. Sitzung, S. 819 A.
 Bedeutung des Getreidezolls für die Bauernwirtschaft. Bd. 284,
 30. Sitzung, S. 821 A.

Getreide- und Viehwirtschaft, Großgrundbesitz und Bauerntum, Wirkung der Schutzzollpolitik, Bauernpolitik. Bd. 284, 30. Sitzung, S. 820 A.

Bauernpolitik der Fortschrittlichen Volkspartei, Aufhebung der Futtermittelzölle. Bd. 289, 149. Sitzung, S. 5133 A.

Frage der Einführung eines lückenlosen Zolltarifs, Nachteile für die Bauern. Bd. 284, 30. Sitzung, S. 820 A.

Eintreten der Fortschrittlichen Volkspartei für die Erziehungszölle auf Tafelobst, Frühgemüse, Trinkeier usw.; Zölle auf Braugerste. Bedeutung der feineren Produkte der Landwirtschaft für die Bauernwirtschaft. Bd. 284, 30. Sitzung, S. 820 A.

Kriegsteilnehmerbeihilfen. Erhöhung aus dem Ertrage einer Reichs-Erb-anfallsteuer. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2659 A.

Landwirtschaft. Landflucht der Arbeiter. Entvölkernde Wirkung des Großgrundbesitzes. Bd. 289, 149. Sitzung, S. 5133 A.

Leuchtöl. Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2655 C.

Standard Oil Company, Organisation, Monopolstellung, Gewinne, Preispolitik, Schutz der deutschen Konsumenten gegen eine evtl. Preiserhöhung durch das Gesetz. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2655 C. und 2657 B.

Interesse gewisser Banken, der Deutschen Bank, an dem Zustandekommen des Gesetzes; Streitigkeiten zwischen der Deutschen Bank und der Standard Oil Company usw. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2657, S. 2658 A.

Riedemann, Päpstlicher Kammerherr, deutscher Vertreter von Rockefeller, angebliche Beziehungen zum Zentrum. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2658 B.

Frage einer Versorgung Deutschlands mit Petroleum, unabhängig von der Standard Oil Company durch amerikanische Außenseiter, aus Galizien, Rumänien, Rußland usw. Bd. 286, 89. Sitzung, S. 2656 A.

Einfuhr auf dem Donauweg, Wieder-Inbetriebnahme der Tankanlagen im Hafen von Regensburg. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2658 B.

Konkurrenz anderer Beleuchtungsmittel, Elektrizität und Gas, Konkurrenzpreise usw. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2625 A.

Monopolidee des Entwurfs, Staatsmonopol oder Vertriebsgesellschaft (Verbrauchermonopol, Bankmonopol). Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2655 C, 2657 B.

Lieferungsverträge, Kontrolle des Reichs, des Reichstags, Verstärkung, Erneuerung des Monopols, Verleihungsfrist, Herabsetzung. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2658 C.

Angestellte im Großhandel und Kleinhandel, Entschädigungen für Detailisten. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2656 A.

Preisskala, normaler Höchstpreis von Mk. 0,20, Herabsetzung. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2656 D.

Staatsaufsicht, Verstärkung, Vorbild der Reichsbank. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2657 C., S. 2658 C.

Ertrag, Verwendung für die Erhöhung der Kriegsteilnehmerbeihilfen, für Zwecke der Arbeiterversicherung. Bd. 286, 80. Sitzung, S. 2658 D.

Milchpreise. Verkaufspreis der Milch, Bedeutung für die Bauernwirtschaft. Bd. 284, 30. Sitzung, S. 820 C.

Reichsbank. Reform des Kreditsystems, Einführung der Zweimonatsbilanzen, Bedeutung, Stellung der Großbanken. Bd. 285, 67. Sitzung, S. 220 C.

- Statistisches Amt.** Etatsmäßige Anstellung der wissenschaftlichen Hilfsarbeiter. Bd. 284, 30. Sitzung, S. 821 D.
- Wein.** Ausländische Weine, Einfuhr, Durchführung einer schärferen Kontrolle, Begutachtung durch Zungensachverständige, Bewertung der ausländischen Atteste, Verringerung der Zahl der Einfuhrstellen. Bd. 284, 31. Sitzung, S. 862 D.
Ausländische Weine zu Verschnittzwecken. Bd. 284, 31. Sitzung, S. 862 D.
Weinbau, schlechte Lage der Winzer, Weinzoll. Bd. 289, 149. Sitzung, S. 5132 D.
- 2. Session. Bd. 314 A., Sprechregister, Berlin 1919.**
- Alldeutsche, Konservative.** Kriegsziele, Annexionsabsichten der Konservativen und Alldeutschen. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4268 C.
- Dr. von Bethmann-Hollweg.** Reichskanzler, Verdienste um die äußere und innere Politik. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4272 A., 4273 B.
- Elsaß-Lothringen.** Fehler der deutschen Politik, Rückblicke, Folgen. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4271 D.
Verfassung, günstige Wirkung. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4272 A.
Autonomie innerhalb des Reichsverbandes. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4272 B.
- England.** Schutzzollbewegung. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4907 A.
- Etatswesen.** Reichshaushalt für 1918. 1. Beratung. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4267 D. 2. Beratung, Reichswirtschaftsamt. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4902 B.
- Fliegerangriffe der Feinde auf süddeutsche Städte, auf Freiburg.** Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4268 B.
Regelung durch internationales Abkommen. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4268 B.
- Friedensverträge.** Handelspolitische Forderungen für den Abschluß, Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4905 D., 4907 B.
Sicherung der Rohstoffversorgung. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4905 C.
- Handelspolitik.** Förderung der Ausfuhr und des Außenhandels nach dem Kriege, Neuanknüpfung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4905 B.
Beseitigung des Systems der Vorzugszölle. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4906 B.
Beseitigung aller Ausfuhrvergütungen, Verbot des Verkaufs von Waren zu niedrigeren Preisen an das Ausland (Dumping-System). Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4906 A.
Aufnahme der unkündbaren Meistbegünstigung in die Friedensverträge. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4905 D., 4907 B.
Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür in den Kolonien aller Staaten. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4906 D.
Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts zur Entscheidung von wirtschaftspolitischen Streitigkeiten (Haager Schiedsgerichtshof). Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4906 A.
- Innere Politik.** Demokratisierung Deutschlands, Programm der Regierung des Reichskanzlers Dr. Grafen von Hertling. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4273 C., und Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4907 C.
- Kartelle, Monopole, Syndikate.** Beaufsichtigung durch das Reich, gemeinwirtschaftliche Regelung. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4904 A.
- Kriegsindustrie.** Kriegspolitik der Schwerindustrie, Stellung zu den Alldeutschen, Inserate in der Alldeutschen Presse. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4269 B.
Streikbewegung, Gründe. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4270 C.

- Kriegsziele Deutschlands.** Verständigungsfriede, Unverletzlichkeit des Gebiets, Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4267 D., 4273 A.
Annexionen bezw. Selbstbestimmungsrecht (Polen, Kurland usw.), Durchführung. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4272 C.
- Metalle.** Ablieferung kupferner Brennapparate aus landwirtschaftlichen Brennereien (Anfrage). Bd. 313, 190. Sitzung, S. 6094 C.
- Mitteleuropa.** Herstellung eines engeren wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen den mitteleuropäischen Staaten. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4907 C.
- Monarchie.** Staatsrechtliche und kulturelle Bedeutung für Deutschland (Friedrich der Große, Stein, Bismarck). Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4273 D.
- Parlamentarisches Regiment.** Durchführung, Ernennung von Ministern usw. aus dem Parlament (von Payer, Vizekanzler usw.). Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4273 C.
- Polen.** Unabhängigkeit. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4273 A.
- Preußen.** Wahlrecht, Reformvorlage als deutsche Angelegenheit, Behandlung im Landtage, Stellung der Konservativen. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4269 C.
- Reichswirtschaftsamt.** Aufgaben, Geschäftskreis, Einteilung. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4903 A.
- Staatssozialismus.** Einflußnahme des Staates auf die Privatwirtschaft, Frage der freien oder organisierten Wirtschaft. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4902 B.
- Steuerwesen.** Regelung nach fiskalischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4904 C.
- Türkei.** Aufhebung der Kapitulationen, handelspolitische Gleichberechtigung aller Nationen. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4906 C.
- Uebergangswirtschaft.** Organisatorische Regelung, Uebernahme auf das Reichswirtschaftsamt. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4904 D.
- Unterseebootkrieg,** uneingeschränkter. Frage der zu späten Einführung. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4269 A.
- Wirtschaftskrieg.** Fortsetzung nach dem Kriege, Pariser Wirtschaftskonferenz. Bd. 312, 157. Sitzung, S. 4905 C., 4907 B.
- Zensur.** Milderung. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4268 D.
Verbot der Veröffentlichung eines Artikels des Admirals Galster über den U-Bootkrieg in der „Hilfe“. Bd. 311, 136. Sitzung, S. 4269 A.

**Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung.
Bände 326—343, Berlin 1920.**

- Band 327.** 39. Sitzung vom 12. Mai 1919, S. 1081. Mitteilung über den Eintritt Schulze Gavernitz' als Abgeordneter für den 33. Wahlkreis.
40. Sitzung vom 22. Juni 1919, S. 1138. Sch. G. stimmt gegen den Antrag Schulz-Groeber auf Unterzeichnung des Friedensvertrages und enthält sich bei dem Vertrauensvotum für die Regierung der Stimme.
47. Sitzung vom 5. Juli 1919, S. 1326 C. Sch. G. hält seine erste Rede in der Nationalversammlung und begründet seinen Antrag zu Artikel 41 der Reichsverfassung anstatt des Wortes „Reichspräsident“ das Wort „Reichswart“ zu setzen: „Präsident heißt Vorsitzender. Der Reichspräsident sitzt ja aber garnicht einem Kollegium vor. Dagegen ist das Wort Reichswart durchaus verständlich.“ Der Antrag wird noch in derselben Sitzung abgelehnt.
49. Sitzung vom 7. Juli 1919, S. 1370 D. bis 1371 C. Sch. G. begründet den Antrag Beyerle-Haas, einen Zusatz zum

Absatz 1 des Artikels 97 der Reichsverfassung mit folgendem Wortlaut einzufügen: „Auch in diesem Falle bleibt jedoch die Nutzung der Wasserkräfte und die Regelung des Gemeingebrauchs der Wasserstraßen den Ländern überlassen.“ Dieser Zusatzantrag bei der Regelung der Uebernahme der Wasserstraßen in die Verwaltung des Reichs behandelte speziell badische Verhältnisse. Er wurde jedoch noch in derselben Sitzung abgelehnt.

Band 333. 177. Sitzung vom 20. Mai 1920, S. 5711 D. bis 5712 A. Zur Beratung des Antrages Geyer-Leipzig über die Aufhebung des Belagerungszustandes in allen Teilen des Reiches verteidigt Sch. G. den Standpunkt des Ministers Koch. „In dieser Beziehung betrachten wir die äußerste Rechte und die äußerste Linke, die in vielen Dingen oft genug zusammengegangen sind, für gleich gefährlich.....von Minderheiten läßt sich das Deutsche Volk nicht vergewaltigen.“

Band 337. S. 289, Nr. 435, Abänderungsanträge Heile, Dr. Schücking, Dr. v. Sch. G. zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches (Nr. 59, 391 der Drucksachen): „Die Nationalversammlung wolle beschließen: den Absatz 2 des Artikels 18 unter Wiederherstellung des in der ersten Lesung des Verfassungsausschusses beschlossenen Wortlauts zu fassen wie folgt: Die Neubildung von Ländern oder die Aenderungen ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt.“ Weimar, den 2. Juli 1919.

S. 306. Abänderungsanträge Dr. Ablaß, Dr. Schücking, Dr. von Schulze Gaevernitz zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches, Nr. 487: Die Nationalversammlung wolle beschließen: zum 3. Abschnitt: das Wort Reichspräsident hier und an allen anderen Stellen durch das Wort Reichswart zu ersetzen.“ (s. oben.)

S. 354, Nr. 596. Anfrage Nr. 216 Dr. Hermann-Posen, Dr. Quidde, Freiherr von Richthofen, Dr. von Schulze Gaevernitz etc. betreffend die militärische Räumung der baltischen Provinzen: „Die Nachrichten über die Vorgänge und Zustände in den baltischen Provinzen widersprechen sich vielfach. Immerhin überwiegen die Zeugnisse dafür, daß die Anwesenheit deutscher Truppen dazu beitrüge, ein friedliches Zusammenarbeiten der einheimischen Bevölkerungen und die Konsolidierung der dortigen nationalen Freistaaten zu hemmen. Es erscheint darum dringend erforderlich, daß die Räumung beschleunigt und in geschlossenen Formationen durchgeführt wird.“ Weimar, den 16. Juli 1919.

Band 339. S. 1325. Anfrage Nr. 468 vom 27. Oktober 1919: „In den Kreisen der Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen besteht ein empfindlicher Notstand und eine weitgehende Beunruhigung. Beabsichtigt die Reichsregierung in diesem Winter ein Gesetz einzubringen, nach welchem die den vertriebenen Elsaß-Lothringern erwachsenen Schäden entschädigt werden sollen?“ (Antwort vergl. Bd. 341, S. 2176.)

Band 341. S. 2072, Anfrage Nr. 682 vom 15. Januar 1920, gestellt von André, Bolz, Dr. Düringer, Dr. Haas, Haußmann, Keil, Kraut, von Payer, Dr. Quidde, Dr. von Schulze Gaevernitz usw. betreffend die gleichmäßige Kohlenbelieferung der deutschen Wirtschaftsgebiete.

E.) Biographisches.

- Reiseeindrücke aus den Ansiedlungsgebieten.** Vortrag, gehalten am 13. 6. 1910 in Freiburg i. Br. Referat der Freiburger Zeitung vom 14. Juni 1910.
- Graf von Mirbach** über Sch's „Marx oder Kant?“ im Preußischen Herrenhause, 9. Sitzung vom 7. April 1911.
- Herr von Schulze Gaevernitz und Marx.** Vorwärts Nr. 89 vom 14. April 1911.
- Abgeordneter Geheimrat von Schulze Gaevernitz über das Petroleummonopol.** Bericht über die Reichstagsrede vom 8. Dezember 1912. Fortschritt. Volkszeitung, Freiburg i. Br., vom 10. Dezember 1912.
- Jugend und Liberalismus.** Bericht des Berliner Tageblatts Nr. 44 vom 25. Januar 1914 über einen Vortrag im Fortschritt. Jugendverein „Eugen Richter“, Berlin, am 22. Januar 1914.
- Zum 50. Geburtstage 1914.** Berliner Tageblatt Nr. 367 vom 22. Juli 1914, Vossische Zeitung Nr. 372 vom 25. Juli 1914, Freisinnige Zeitung Nr. 172 vom 25. Juli 1914.
- Friedrich Naumann: Politische Professoren.** Die Hilfe, 20. Jahrg. Nr. 30 vom 23. Juli 1914, S. 474-475 (zum 50. Geburtstage), wieder abgedruckt in der Neuen Badischen Landeszeitung vom 24. Juli 1914.
- Politische Professoren.** Frankfurter Zeitung Nr. 203 vom 24. Juli 1914 (nach Naumanns Aufsatz).
- Georg von Below: Das gute Recht der Vaterlandspartei.** Eine Antwort an Prof. Hans Delbrück. Schriften der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 1, Berlin 1917, (vergl. hauptsächlich S. 14/15).
- Hans Delbrück:** Professor von Below als Vorkämpfer der Vaterlandspartei. Preuß. Jahrb., Bd. 172, Heft 1, 1918, April, S. 126/9.
- Georg von Below:** Berichtigung gegen Hans Delbrück. Preuß. Jahrb., Bd. 172, Heft 2, 1918, Mai, S. 279/281.
- Hans Delbrück:** Antwort, dto. S. 281/3.
- Hans Delbrück:** Zur Charakteristik Prof. Georg von Belows. Preuß. Jahrb., Bd. 172, Heft 3, 1918, Juni, S. 434/39.
- Through German Eyes.** Times, London, 6. Mai 1918.
- A gleam of light in Germany.** The New Republic, New York, vom 1. Juni 1918 (beide zur Reichstagsrede vom 3. Mai 1918).
- Georg Bernhard:** Bethmann und Wilson. Vossische Zeitung Nr. 516 vom 9. Oktober 1918.
- Wilhons Friedensvermittlung.** Abdruck des Aufsatzes in der Vossischen Zeitung vom 8. Oktober 1918, in der Frankfurter Zeitung Nr. 280 vom 9. Oktober 1918.
- Die Diskussion über die Schuldfrage.** Berliner Tageblatt Nr. 522 vom 12. Oktober 1918.
- Diskussion über Georg Bernhards und Schulze Gaevernitz' Aufsätze in der Vossischen Zeitung.** Frankfurter Zeitung Nr. 282 vom 11. Okt. 1918.
- Bethmann-Wilson.** Frankfurter Zeitung Nr. 289 vom 18. Oktober 1918.
- Bethmann-Wilson.** Frankfurter Zeitung Nr. 290 vom 19. Oktober 1918.
- Prof. Paul Nicolaus Cossmann: Zusammenbruch.** Süddeutsche Monatshefte 16. Jahrg., Dezember 1918, S. 160.
- Die Volksstimmung Ende Oktober 1918.** Süddeutsche Monatshefte, 16. Jahrg., Dezember 1918, S. 193.
- Prof. Paul Nicolaus Cossmann: Zur Wahrheit über den Krieg.** Süddeutsche Monatshefte, März 1919, S. 377/86.
- Bericht über die Rede in der Nationalversammlung zum Worte „Reichswart“.** Schlesische Volkszeitung vom 8. Juli 1919.
- Die oberrheinischen Wasserkräfte.** Bericht über die Rede in der Nationalversammlung vom 7. Juli 1919, im Oberländer Boten Nr. 160 vom 13. Juli 1919.

Georg von Below: Eine Schuld des Großadmirals von Tirpitz und der Parteien. Süddeutsche Monatshefte, 17. Jahrg., Heft 2, November 1919, S. 111.

Zeitglossen. Süddeutsche Monatshefte, 17. Jahrg., Heft 2, November 1919, S. 172/75.

Verhandlungen im Untersuchungsausschuß. Berliner Tageblatt Nr. 551 vom 19. November 1919.

— *dto.* Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. 15. Ausschuß, Berlin 1919, Heft 7, Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, S. 729-744, S. 757
Anm.: In der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 18. November 1918 wurde ein Briefwechsel zwischen dem ehemaligen Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und dem Generalfeldmarschall von Hindenburg über die „Aeußerungen des Herrn Professor von Schulze Gaevernitz bezüglich des Vorwurfs des Doppelspiels gegenüber dem General Ludendorff“ verlesen. Zu dieser Korrespondenz erklärte Ludendorff vor dem Ausschuß: der Artikel Schulzes hätte nur dadurch Bedeutung, daß in ihm betont würde, wir hätten gespielt, was eine infame Lüge bedeute. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, der Abgeordnete Gothein, wies diesen Vorwurf Ludendorffs energisch zurück, und Schulze Gaevernitz, der infolge einer Auslandsreise von diesen Vorgängen erst sehr viel später Kenntnis erhielt, forderte den General Ludendorff durch einen offenen Brief auf, ihm „in irgend einer seiner öffentlichen oder vertraulichen Niederschriften einen Satz nachzuweisen“, in dem er ihn des Spieles oder des Doppelspiels bezichtigt habe. Ludendorff ist hierauf die Antwort bis heute schuldig geblieben. Gemeint waren Schulze Gaevernitz' mehrfach erwähnte Aufsätze in der Vossischen Zeitung. Er selbst hatte niemals Ludendorff gegenüber diese Anschuldigung erhoben, wohl aber hatte Georg Bernhard in einem Leitartikel der Vossischen Zeitung, der sich auf Schulze Gaevernitz' aufsehenerregenden Artikel vom 8. Oktober 1918 bezog, die Behauptung des doppelten Spiels mit Amerika aufgestellt.

Prof. Paul Nicolaus Cossmann: Deutschland vor Gericht. Süddeutsche Monatshefte, 17. Jahrg., Heft 3, Dezember 1919, S. 242.

Who is Professor Schulze-Gaevernitz? Morning Post, London, vom 14. Oktober 1920.

Prof. Gilbert Murray: Who is Prof. Schulze-Gaevernitz? Morning Post, London, vom 26. Oktober 1920.

Bericht vom Internationalen Freihandelskongreß in Frankfurt a/Main 1922. Frankfurter Zeitung Nr. 764 vom 24. Oktober 1922 (über die Rede Schulze Gaevernitz').

Emil Ludwig: Professorenpolitik. Die Weltbühne, 19. Jahrg. Nr. 39 vom 27. Sept. 1923.

Schulze Gaevernitz in America. The Nation, New York, vom 5. Dez. 1923.

Dr. Kurt Zielenziger: Gerhart von Schulze Gaevernitz zum 60. Geburtstage 1924. Vossische Zeitung Nr. 349 vom 24. Juli 1924.

Dr. Kurt Zielenziger: Gerhart von Schulze Gaevernitz. Deutsche Einheit, 6. Jahrg., Nr. 31 vom 2. August 1924.

Zum 60. Geburtstage. Volkswacht, Freiburg i. Br., Nr. 180 vom 5. Aug. 1924.

Dr. Sven Helander: Gerhart von Schulze Gaevernitz. Soziale Praxis, 33. Jahrg., Nr. 2 vom 7. August 1924.

- Dr. Kurt Zielenziger: Gerhart von Schulze Gaevernitz.** Bibliographie der Rechts- und Staatswissenschaften, herausgegeben von R. L. Prager, Berlin, Nr. 3, vom 15. Oktober 1924.
- Amerika und der Dawesplan.** Bericht über den Vortrag, veranstaltet von der Deutschen Demokratischen Partei, Breslau, am 9. Oktober in der Neuen Börse, (wiederholt am 10. Oktober in Ohlau), Breslauer Zeitung Nr. 471 vom 11. Oktober 1924.
- Deutschland am Scheidewege.** Vortrag im Bund Republikanischer Akademiker im Gewerkschaftshaus in Breslau am 12. Oktober 1924, Breslauer Zeitung Nr. 475 vom 14. Oktober 1924, Volkswacht, Breslau, vom 14. Oktober 1924 (Bericht von Dr. L. Eisner).
- Republik oder Monarchie.** Wahlrede in Elzach, Baden, Vossische Zeitung Nr. 559 vom 25. November 1924.
- Wieder ein weltfremder Professor.** Deutsche Zeitung Nr. 53 vom 1. Febr. 1925 (über Schulze Gaevernitz' Berliner Amerika-Vortrag).
- Dr. Robert Drill: Amerika.** Frankfurter Zeitung Nr. 227 vom 26. März 1925 (Hinweis auf Schulze Gaevernitz' Amerika-Aufsätze).
- Die Quäker.** Bericht über den Vortrag in Eisenach, Vossische Zeitung Nr. 358 vom 31. Juli 1925.
- Das Quäkertum und die Zölle.** Frankfurter Zeitung Nr. 571 v. 3. Aug. 1925.
- Die soziale Botschaft der Freunde, genannt Quäker.** Bericht über den Vortrag auf der Eisenacher Versammlung der Deutschen Quäker. Mitteilungen für die Freunde des Quäkertums in Deutschland, 2. Jahrg., Nr. 8, August 1925, S. 117/19, v. H. B.
- Ein deutscher Gelehrter im Völkerbund (mit Bild).** Bilder Courier des Berliner Börsen-Couriers, 2. Jahrg., Nr. 208, vom 1. August 1925. — dto. Der Weltspiegel Nr. 33 vom 16. August 1925.
- Vorlesungen über die anglo-amerikanische Welt.** Vossische Zeitung Nr. 439 vom 16. September 1925 (Ankündigung von Vorlesungen Sch.'s in der Deutschen Hochschule für Politik).
- Beitritt des Geheimrats von Schulze Gaevernitz zum Institut international de coopération intellectuelle.** Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen, Halle a. S., Oktober-Heft, S. 164—165.
- Der Hörer ohne Examen.** Das Winter-Semester in den Freien Hochschulen. — Das Unterhaltungsblatt der Vossischen Zeitung Nr. 522 vom 4. November 1925 (über die Vorlesungen Sch.'s).
- Die religiösen Wurzeln der modernen Demokratie.** Bericht über den Vortrag Sch.'s im Demokratischen Studentenbund Berlin. Vossische Zeitung Nr. 571 vom 3. Dezember 1925.
- Deutschland als Anwalt der Weltwirtschaft.** Vortrag Sch.'s bei der Jubiläumstagung des Außenhandelsverbandes am 9. Dez. 1925 in Berlin. Berliner Tageblatt Nr. 583 vom 10. Dez. 1925 — Vossische Zeitung Nr. 583 vom 10. Dez. 1925 — Berliner Börsen-Courier Nr. 577 vom 10. Dez. 1925 — Frankfurter Zeitung Nr. 919 vom 10. Dez. 1925.

